ATZE

Antifaschistische Zeitung Kiel - Nr. 8



REP

Die Brut entschlüpft dem schlecht getarnten Schlangenei

Liebe LeserInnen,

vor Euch liegt die achte Ausgabe der ATZE - rechtzeitig zur Kommunalwahl, zu der die REP in Kiel nur dank der Stimme des Kieler Oberbürgermeisters Luckhardt (SPD) zugelassen wurden. Wenn Ihr diese Ausgabe in den Händen haltet, wird der Wahlkampf bereits auf vollen Touren laufen.

Aber auch AntifaschistInnen brauchen die Hände nicht in den Schoß zu legen. Es hat sich ein Aktionsbündnis gebildet, das es den Faschisten und Rassisten im Wahlkampf möglichst schwer machen will. Die Aktionen sind bereits angelaufen, zur Zeit beginnt eine groß angelegte Plakataktion. Ihr Motto: in Kiel darf keine faschistische Wahlwerbung zu sehen sein. Weitere Aktionen sollen folgen.

Auch die ATZE soll im Vorfeld der Wahlen kräftig unters Volk gebracht werden. Wir haben diesmal eine sehr umfang- und themenreiche Ausgabe produziert. Von den aktuellen antifaschistischen Aktivitäten über Neues von rechts bis hin zu Hintergrundartikeln über Rassismus und sog. "Lebensschützer" ist vieles einer genaueren Lektüre wert.

Nach langer Vorlaufzeit haben wir nun auch das Aussehen unseres Titelkopfes verändert; zum Vorteil, wie wir denken. Schreibt uns doch einfach einmal, was ihr davon haltet, welche Themen ihr vermisst oder ob die Gestaltung zu langweilig ist.

Aber bevor ihr jetzt lest, denkt noch einmal daran, daß die ATZE am einfachsten sofort nach Erscheinen per Abonnement zu bekommen ist. Einfach 15.- DM (für vier Ausgaben) unter Angabe von Absender, Adresse und Vermerk "ATZE" auf folgendes Konto überweisen:

Netzwerk Postgiroamt Hamburg BLZ 20010020 Konto-Nr. 487599-202 Stichwort/Vermerk "ATZE"



„Ich habe das unbestimmte Gefühl, daß er die neue Technik noch nicht ganz im Griff hat." KEN PYNE

Inhaltsverzeichnis

Keine REP - Faschisten ins Kieler Rathaus....S. 3
Kurzes von den REP....S. 4
LISA und RHV aufgelöst....S. 5
Leserbrief....S. 6
Alte Inhalte in neuem Gewand
AbtreibungsgegnerInnen in Aktion....S. 7
Prozeß gegen FAP - Schläger....S.11
Skinheadterror in Hamburgs Norden....S.12
Schatzi, ich bin ja so glücklich
-zum FANTIFA-Workshop....S.13
BAGHIRA
Eine Antifaschistische Jugendinitiative
stellt sich vor....S.15
Diskussionsbeitrag: Rassismus....S.18
Ausstellung in Kiel:
Kunst als Widerstand....S.22
Wirtschaftsinvasion gen Osten....S.23
Buchbesprechung:"Der Republikaner"....S.24
Bombendrohung gegen ausländische
Studierende....S.25
Lübecker Polizei im "rechten" Licht....S.25
Termine....S.26
Argumente gegen das Deutschlandlied....S.27
Wiedervereinigung und Antifas....S.29
Hamburger Polizei zerschlägt
antifaschistische Demonstration....S.31

Atze

Antifaschistische Zeitung Kiel, Schweffelstr. 6, 2300 Kiel.
Bankverbindung: Netzwerk, Postgiroamt Hamburg,
BLZ: 200 100 20, Konto: 487 599-202, Stichwort: ATZE
Auflage:700, Ausgabe-Nr. 8, März/April/Mai 1990
V.i.S.d.P.: W. Petersen

Keine REP - Faschisten ins Kieler Rathaus!

Am 25.März 1990 finden in Schleswig-Holstein Gemeindewahlen statt. In Kiel treten als einzige rechtsextreme Partei die REP an. Bei den Wahlen zum Europaparlament im Juni 1989 konnten sie in einigen Stadtvierteln deutlich über 5% der Stimmen einheimsen (vgl. ATZE 6 vom August 1989). Aus diesem Grunde rechnen sich die Neofaschisten gute Chancen für den Einzug ins Kieler Rathaus aus.

Zunächst einmal mußten die REP vom Gemeindewahlausschuß der Stadt Kiel zugelassen werden. Dieser tagte am 23.Februar 1990 und konnte dank der Anwesenheit von über 20 AntifaschistInnen die Kandidatur der REP nicht als "demokratische Selbstverständlichkeit" abwickeln.

Im achtköpfigen Ausschuß sprachen sich die drei Mitglieder der SPD und der Vertreter der GRÜNEN gegen die Zulassung der REP zu den Wahlen aus. Mit der bei Stimmengleich entscheidenden Stimme des Oberbürgermeisters Luckhardt (SPD), der als Ausschußvorsitzender vergeblich versuchte, seine Parteifreunde von ihrer Gewissensentscheidung abzubringen, wurden die Faschisten schließlich in allen 27 Kieler Wahlkreisen zugelassen.

Dabei störten sich Luckhardt und die VertreterInnen von CDU und FDP offensichtlich weder am faschistischen Charakter der Partei noch daran, daß die Vorwürfe aus den Reihen der REP, deren Kandidatenaufstellung sei nicht nach demokratischen Grundsätzen erfolgt, bisher einer letztendlichen Klärung harren. Daß der Landeswahlleiter die damit verbundenen Bedenken ohne genaue Prüfung - lediglich aufgrund der Angaben des REP-Landesvorstandes, der ja diesen Verstoß begangen haben soll !! - beiseite schob, ist ein weiteres Unding.

Das im Februar von Antifaschistischen Forum und der Antifaschistischen Jugendgruppe Baghira ins Leben gerufene "Aktionsbündnis gegen faschistische Wahlpropaganda" hatte die Sitzung des Gemeindewahlausschusses zum Anlaß genommen, gegen die Kandidatur der REP Flagge zu zeigen. In der Kieler Innenstadt wurden Flugblätter verteilt, die auf viel zustimmendes Echo stiessen. Die Sitzung des Ausschusses selbst wurde mit kritischen Kommentaren und der Entfaltung eines Transparents begleitet.

Kindsmüller - Linie bei der Kieler SPD noch nicht durchgesetzt

Das Antifaschistische Forum hatte zudem im Vorfeld die Mitglieder des Ausschusses mit Informationen über das faschistische Programm und die ebenso einschlägigen Aktivitäten von Kieler und Schleswig-Holsteiner REPs versorgt und sie aufgefordert, mit der Entscheidung gegen eine REP-Kandidatur ein Zeichen "demokratischer Entschlossenheit und antifaschistischen Willens" zu setzen.

Daß außer Stephan Linck (GRÜNE) auch Frau Haker, Herr Mehrens und Herr Müller (alle SPD) gegen die Wahlzulassung der REP stimmten, ist ein erfreuliches Ergebnis und ein Fortschritt gegenüber den letzten Kommunalwahlen. Dies gilt besonders dann, wenn die Auseinandersetzung innerhalb der SPD über das wirkungsvollste Vorgehen gegen alte und neue Faschisten berücksichtigt wird. Noch im Januar hatte der SPD-Landesgeschäftsführer Werner Kindsmüller, flankiert von Hans-Peter Bartels (Juso, Mitglied im SPD-Kreisvorstand Kiel), bei einer gut besuchten Veranstaltung des Antifaschistischen Forums Kiel seine umstrittenen Thesen in dem Streben verteidigt, sie zur Richtschnur antifaschistischen Handelns in- und außerhalb der SPD zu machen.



FaschistInnen von REP und BHJ verlassen das Kieler Rathaus

Bestandteil dieser Thesen ist auch die Ablehnung der Nichtzulassung faschistischer Parteien zu Wahlen. Daß die drei SPDlerinnen im Ausschuß sich bewußt nicht an dieser Ansicht orientierten, ist zu begrüßen. Es kann dennoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß diese Position in der SPD zur Zeit in der Minderheit ist. So hat z.B. auch die jüngst veröffentlichte Antwort der SPD-Landesregierung auf eine Große Anfrage der SPD-Fraktion zum Thema "Aufarbeitung der NS-Vergangenheit und Rechtsextremismus" deutlich gemacht, daß die SPD-Landesregierung nicht bereit ist, alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel im Kampf gegen faschistische Organisationen anzuwenden; mit der Klassifizierung des "Verbots" und der "Auflösung" als "ultima ratio" (letztes Mittel) werden auch auf Landesebene sofort mögliche Maßnahmen aufgeschoben, die die weitere Aufbauarbeit faschistischer Organisationen in Schleswig-Holstein erschweren könnten.

Während Innenminister Bull die Konfrontation mit den Nazis und ihren Hintermännern vermeiden will, ist er in letzter Zeit eifrig dabei, AntifaschistInnen (auch der eigenen Partei) als StörerInnen zu diffamieren und damit den nächsten Polizeieinsatz gegen demonstrierende AntifaschistInnen vorzubereiten.

Dabei kann es für den Faschismus nach wie vor keine demokratische Legitimität geben. Solange dieser Staat sich weigert, das geltende Recht durchzusetzen und die faschistischen Organisationen wirkungsvoll aufzulösen, bleibt den Menschen hierzu-

lande gar nicht anderes übrig, als selbst aktiv zu werden.

Antifaschistische Aktivitäten

Die Drohungen aus dem SPD-regierten Innenministerium werden nicht viele AntifaschistInnen davon abhalten, ihrem Gewissen zu folgen, den Faschisten auch auf der Straße und bei ihren Wahlveranstaltungen im Wege zu sein und ihre Vorstellungen wirkungsvoller antifaschistischer Politik zur Diskussion zu stellen. Eine Fülle im März geplanter Veranstaltungen geben davon Zeugnis (vgl. "Termine").
In Kiel ist die geplante Kampagne gegen den wichtigen Treffpunkt der Faschisten, die "Buchhandlung am Dreiecksplatz", vom Antifaschistischen Forum zunächst zurückgestellt worden, um die Kräfte gegen den Wahlkampf der REP zu bündeln. Zusammen mit der Antifaschistischen Gruppe Baghira, in der vor allem Jugendliche aktiv sind, wurde im Februar ein "Aktionsbündnis gegen faschistische Wahlpropaganda" ins Leben gerufen. Nach der bereits durchgeführten Aktion zur Sitzung des Gemeindewahlausschusses ist als nächstes eine groß angelegte Plakatieraktion geplant. Eines der Ziele des Bündnisses, das stark aktionsorientiert arbeiten soll, ist es, den Faschisten in ihrem Wahlkampf das Leben so schwer wie möglich zu machen. Sollte es also zu öffentlichen Veranstaltungen der REP kommen, so werden Kieler AntifaschistInnen ihre Hände nicht in den Schoß legen und abwarten.
Zu hoffen ist auch, daß sich im Zusammenhang mit dem Aktionsbündnis auch eine für alle Seiten tragfähige Form der Zusammenarbeit zwischen Antifaschistischem Forum und anderen - organisierten wie unorganisierten - antifaschistischen Kräften entwickeln wird. Dabei ist angesichts der großen Meinungsunterschiede freilich viel Fingerspitzengefühl und Geduld von allen daran interessierten AntifaschistInnen erforderlich. Gemeinsamer Nenner der Aktivitäten sollte die Überzeugung sein, daß Faschisten kein Recht haben dürfen, sich zu organisieren und ihre Hetze ungehindert unters Volk zu tragen. Über die konkrete Ausgestaltung der politischen Arbeit muß in gemeinsamer Diskussion entschieden werden.
Bis zur Wahl am 25. März trifft sich das "Aktionsbündnis gegen faschistische Wahlpropaganda" jeden Donnerstag um 19.00 Uhr im Deutsch-Türkischen Volkshaus.



Kurzes von den REP :

* Der Kreistag von Recklinghausen hat die Ergebnisse der Kreistagswahl vom 1.10.89 in drei Wahlbezirken für ungültig erklärt, weil die REP in jeweils einem Wahlbezirk der Städte Gladbeck, Datteln und Castrop-Rauxel gefälschte Unterschriftenlisten für die Zulassung zur Wahl vorgelegt haben. In 21 Fällen waren Unterstützungsunterschriften gefälscht, in acht weiteren erschlichen durch arglistige Täuschung erschlichen worden. (Süddeutsche Zeitung vom 25.1.1990)

* Der Ortsvorsitzende der REP in Gröbenzell (Bayern) bietet in Zeitungsannoncen Schießübungen und Ausbildung an "Waffen und Gerät der Bundeswehr", von der Maschinenpistole bis zur Panzerfaust, an. Der bayrische Landesvorsitzende der REP, Harald Neubauer, kann daran nichts ungewöhnliches entdecken. (Frankfurter Rundschau vom 22.1.1990)

* Johanna Grund, ihres Zeichens geschäftsführende stellvertretende Bundesvorsitzende der REP und Abgeordnete im Europa-Parlament, nutzt auch die Zeitschrift "Bauernschaft" des ehemaligen SS-Sonderoffiziers und wegen drohender Haftstrafen nach Dänemark geflüchteten Faschisten Thies Christophersen, um für die Auffassungen der REP zu werben. In der Herbstausgabe des Christophersen-Blattes, der früher im Vernichtungslager Auschwitz tätig war und einer der eifrigsten Verbreiter der Lüge, daß es dort keinen Massenmord gegeben hat, ist, wirbt Grund für die Bauernpolitik der REP.

* Auf dem Bundesparteitag der REP in Rosenheim tat Schönhuber erneut seinen Antisemitismus kund, indem er den Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland, Heinz Galinski, für den aufkommenden Antisemitismus verantwortlich machte. Heinz Galinski hat in Auschwitz an der Rampe gestanden, einen allerletzten Blick auf Frau und Mutter werfen können, ehe sie ermordet wurden. Ermordet von der SS, deren Uniform Franz Schönhuber stolz getragen hat, wie er in seinem Buch "Ich war dabei" bekundete. Was in Rosenheim stattfand, war die Verhöhnung der Opfer durch einen Angehörigen der Täterorganisation. Was unter dem Beifall seiner Gefolgsleute in Rosenheim stattfand, war die eindeutige und klare Aufforderung Schönhubers zum Rassenhaß. Denn was heißt es anderes, wenn der höchste Repräsentant der Juden in Deutschland beschuldigt wird, Antisemitismus zu erzeugen? as heißt das denn anderes als "ohne Juden keinen Antisemitismus"? Was heißt das anderes als "solange Juden da sind, wird auch Antisemitismus sein"? (Allgemeine Jüdische Wochenzeitung 4/90 vom 25.1.90)

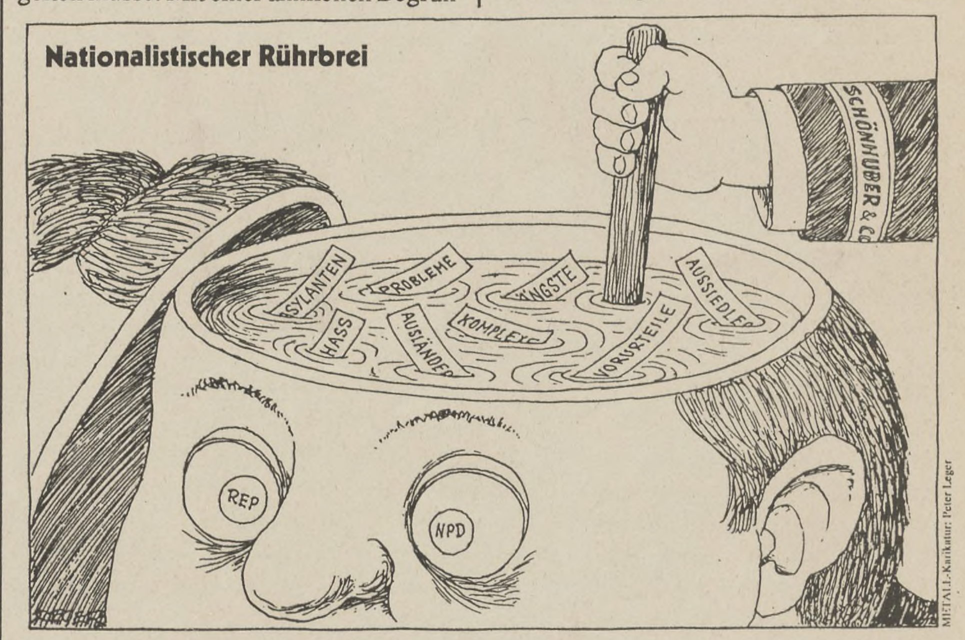
LISA und RHV aufgelöst
Scheitert die "Intellektualisierung" der REP?

"Wir müssen in den Hörsälen genauso präsent sein wie in den Bierzelten", hatte der 23-jährige Jurastudent und Vorsitzende des "Republikanischen Hochschulverbandes" (RHV) Alexander von Schrenck-Notzing noch im Mai 1989 bei der Gründung des RHV gefordert. Jetzt steht die Auflösung des Verbandes bevor.
Der RHV, nach eigenen Angaben "auf Anregung des Bundesvorsitzenden der REPUBLIKANER, Franz Schönhuber, gegründet" und diesen nahestehend, versteht sich als "Brücke zwischen den REPUBLIKANERN und den Hochschulen". Eines seiner Ziele besteht darin, Akademiker für diese faschistische Partei zu gewinnen. Diesen Aspekt der Parteiarbeit hatte Schönhuber noch im Sommer 1989 zum entscheidenden Faktor für die politische Zukunft der REP erklärt. In einem Streitgespräch mit Peter Glotz (SPD) stellte er fest: "Wir werden Fuß fassen an den Universitäten .... und das sind kluge Leute ... die entscheidende Frage des Überlebens ... der Republikaner wird sein, neben den Menschen der ersten Stunde diese Partei auch zu intellektualisieren." Hintergrund dieser Bestrebungen ist der Versuch, den REP ein seriöses und konservatives Image zu geben und damit einer möglichen Koalition mit CDU und CSU nach den Bundestagswahlen 1990 den Weg zu ebnen.
Das "Hochschul- und bildungspolitischen Programm" des RHV weist seine Anhänger als gelehrige Schüler Schönhubers aus. Dessen Appelle an rassistische und faschistische Ressentiments werden kopiert, ohne sich offen zu ihnen zu bekennen. Nicht "Gleichmacherei", sondern die "Förderung von Eliten" sei Aufgabe der Universität. Die oft diskutierte Umbenennung der Münchner Universität in "Geschwister-Scholl-Universität" ist dem RHV ein Greuel; eine "primär politische Überzeugungstat" wäre damit angeblich unnötig aufgewertet. Den Hochschul-REPs mit ihren guten Verbindungen zu diversen Burschenschaften ist zwar der Antisemitismus verwerflich; aber "volles Verständnis" haben sie schon, wenn sich Parteimitglieder bei diesem Thema "gewisse Ausrutscher" erlauben.

Galt zunächst das Ziel, binnen eines Jahres an allen Hochschulen der BRD etabliert zu sein, so machte die Aufbauarbeit nach Gründung des Dachverbandes an den einzelnen Universitäten nur langsam Fortschritte. Kiel, München, Freiburg und Frankfurt sind die wichtigsten Städte, an deren Universitäten der RHV organisiert in größerem Umfang in Erscheinung getreten ist. Dort wurden kleinere Aktionen durchgeführt, an den Wahlen zum StudentInnenparlament teilgenommen oder in größerer Zahl die REP-nahe Zeitung "Junge Freiheit" verteilt.

Was steckt hinter der Auflösung? Das Kieler Beispiel

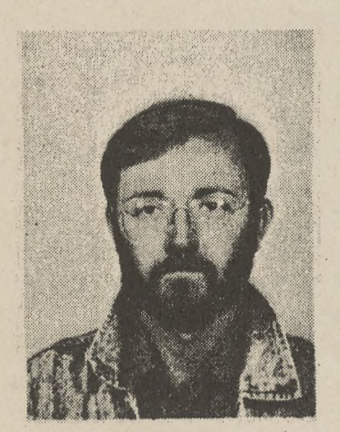
Die für den 31.März angekündigte Auflösung des RHV wird offiziell damit begründet, daß der Versuch, die Programmatik der REPs "im Sinne eines modernen Konservativismus mitzugestalten und extremen Kräften entgegenzuwirken" als gescheitert gelten müsse. Mit einer ähnlichen Begründung hatte bereits Ende 1989 die an der Kieler Universität aktive LISA (wir berichteten in ATZE 5 vom April '89) ihre Auflösung mitgeteilt.



Beim Versuch, sich von den lautesten und plumpesten faschistischen Figuren der REPs in Schleswig-Holstein abzugrenzen, scheute der LISA- und RHV-Chef in Schleswig-Holstein, Bernhard Kurz, auch vor öffentlichen Angriffen auf seine Parteikameraden nicht zurück. "Die Welt" aus dem Hause Springer unterstützte den Versuch, sich ein konservatives Mäntelchen umzuhängen, indem sie wiederholt mit Titelzeilen wie "Kieler Jungrepublikaner klagen über NS-Methoden" oder "`Blaue' gegen `Braune' vor Kieler Gericht" aufmachte.
Der Streit, bei dem Kurz und der dem RHV zuzuordnende Kieler REP-Ortsverband Westufer inzwischen weitgehend ausgebootet und eine Allianz um die BHJ-Grösse Dietmar Munier ("Buchhandlung am Dreiecksplatz"), REP-Landeschef Emil Schlee und die Kieler REP-Faschisten der ersten Stunde, Axel D. Neu und Jens-Gerd Steffen, die Oberhand behalten haben, hat freilich im Kern einen anderen als den angegebenen Hintergrund. Von Kritik an der faschistischen Politik der Partei "Die REPUBLIKANER" ist auch vom RHV nichts zu hören. Kein Wunder, geht es dem RHV doch nach Aussage seines Vorsitzenden Notzing darum, "spätere Mandats- und Funktionsträger heranzuziehen". Und die drängen nun an die Fleischtöpfe ...
Vorbild mögen den Faschisten an der Kieler Universität dabei die Verhältnisse in Köln sein, wo führende RHV-Mitglieder auf vorderen Listenplätzen bei den REPs zur Kommunalwahl antraten und nun im Rat der Stadt sitzen.

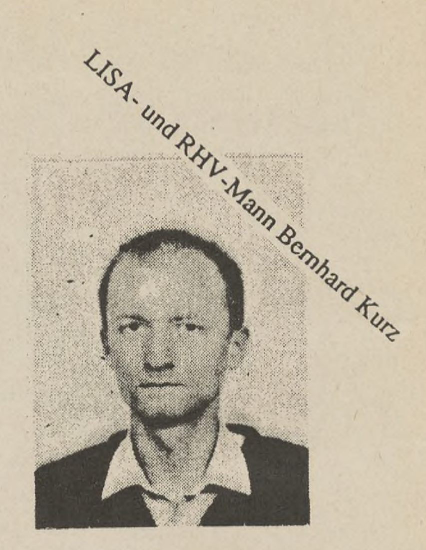
Intellektualisierung ade?

Auch wenn mit der Auflösung des RHV der Versuch einer bundesweiten Organisierung von Faschisten und ihres Umfeldes an den bundesdeutschen Universitäten zunächst gescheitert ist, besteht kein Grund zur Beruhigung. In Kiel wie anderswo werden sie nach neuen Möglichkeiten suchen, ihren Rassismus, ihre Großdeutschlandpläne und ihr Elitedenken zu verbreiten. Das mag die Gestalt (zunächst) nur lokal arbeitender Gruppen wie der zur Zeit in Hamburg aktiven "Gruppe 146" annehmen, kann sich jedoch auch in einer erneuten Hinwendung zum "ring freiheitlicher studenten" (r.f.s.) vollziehen, der besonders in Nordrhein-Westfalen über mehrere Stützpunkte verfügt und sich bereits durch gewalttätiges Gebaren in der Öffentlichkeit bekannt gemacht hat. Immerhin bekleideten einige aus der heutigen RHV-Spitze einst wichtige Posten beim r.f.s.



Franz Kurz

Auch der Versuch der "Intellektualisierung" der REP-Partei ist keineswegs völlig gescheitert. Schönhuber hat sich bei der Formulierung des Anfang 1990 beschlossenen neu-alten Parteiprogramm u.a. auf die Mitarbeit des Historikers Hellmut Diwald, des Schriftstellers Armin Mohler und des Generalleutnants Uhle-Wetter stützen können; alles Namen, die auch in konservativen Kreisen Interesse hervorrufen. Schließlich verfügt er seit Ende 1989 mit der Zeitschrift "CREDO" über ein Blatt, das gezielt Intellektuelle ansprechen will. Verantwortlich für die Herausgabe dieser Monatszeitschrift im RVG-Verlag sind übrigens Harald Neubauer ("Jeder Kommunist ist ein geistiger Verbrecher und ein potentieller Mörder. Der Kommunist darf nur soviel Spielraum haben wie ein gehenkter zwischen Hals und Strick", 1977 auf einer DVU-Kundgebung) sowie Franz Glasauer, der im Mai 1989 forderte, der Zaun der WAA solle erhalten bleiben, "denn der ist stabil und da hinein sollte man diesen Abschaum treiben für mindestens 10 Jahre. Denen dann gleich einen Pickel und eine Schaufel in die Hand drücken und den Zaun von außen gut bewachen" !!



LISA- und RHV-Mann Bernhard Kurz

Leserbrief

Betr.: Selbstdarstellung des" Antifaschistischen Forums" in der ATZE Nr.7, Dezember 1989.

Liebe ATZE liebe FreundInnen des antifaschistischen Forums!

"Antifaschistisches Plenum und Kieler Antifaschistisches Bündnis jetzt gemeinsam!!"- so meldetet ihr in der letzten ATZE. "Mit dem Ziel der weiteren Stärkung und Verbesserung der antifaschistischen Bestrebungen....die Möglichkeiten antifaschistischer Politik in Kiel verbessern...". Da haben sich also zwei Kieler Gruppierungen, die in der Selbstdarstellung als rege tätig beschrieben werden, zum Zwecke der verstärkten Antifa-Arbeit zusammengetan. So weit so gut- von wem sprecht ihr da. In meiner Erinnerung bestand das Antifa-Plenum am Schluß noch aus einer Gruppe und zwei Einzelpersonen. Diese Gruppe war seit Gründung des Kieler Antifaschistischem Bündnisses in diesem vertreten. Das Plenum beschloß-so jedenfalls meine Informationen- seine Auflösung in das Forum mangels MitarbeiterInnen. Ich will hier niemanden ungerecht anpissen. Ich weiß auch, daß die letzten Verbliebenen damals sehr bemüht waren immer wieder Leute zur Mitarbeit anzuregen. Doch wenn ihr nun die Auflösung des Plenums in das Forum hinein als Erfolgsmeldung zur Stärkung der Antifaschistischen Einheitsfront in Kiel präsentiert kommt mir das doch komisch vor. Wäre nicht eine ehrlichere Überschrift gewesen:"Antifaplenum aufgelöst - Bündnis mit einer Person mehr unter neuem Namen!!"

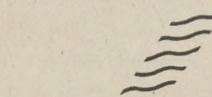
Ich frage mich allerdings was das soll, ohne Not eine bedauerliche Niederlage (und es war eine Niederlage, daß das Plenum nach einem tollen Anfang so jämmerlich einging) zu einem Erfolg umzuschreiben. Wem wollt ihr hier eine Stärke vorspielen, die nicht vorhanden ist? Den Nazis? Uns Antifaschisten, damit wir Mut schöpfen in dieser schweren Zeit? Oder der Stadt, damit ihr dort aus einer besseren Position heraus verhandeln könnt? (In diesem Falle nehme ich allerdings einen großen Teil meiner Kritik zurück!)

Ich glaube nicht, daß uns irgendwie geholfen ist, wenn wir mit dem Ableben des Plenums in solcher Art umgehen. So wird jedenfalls nie einer Diskussion entstehen warum das Plenum kaputt gegangen ist. Gerade diese Diskussion aber müssen wir doch führen, wenn wir tatsächlich die antifaschistische Bewegung in Kiel stärken wollen. Wir brauchen ein Plenum in dem möglichst viele AntifaschistInnen zusammenkommen, um unsere Arbeit zu verstärken, und unsere Inhalte in breitere gesellschaftliche Kreise einzubringen. Das Forum -das hauptsächlich ein Funktionärstreffen ist - kann nicht der Ort sein für eine solche Diskussion, bei der auch neue, einzelne Leute sich einbringen können. Aber das Plenum, das eine Zeit lang ein solcher Ort war, ist nun einmal gescheitert. Und hier müssen wir weiterdiskutieren - ohne Schuldzuweisungen, ohne Hickhack, aber genau und ehrlich. Und da fangt ihr an mit dieser Selbstdarstellung in einer Zeitung, die auch Menschen erreicht die noch nie etwas vom Plenum oder vom Kieler Anti-

fa-Bündnis gehört haben, ein Bild von der Stärke der Antifaschistischen Bewegung in Kiel zu zeichnen das einfach nicht stimmt. Antifaschistische Politik muß überzeugen. Das können wir nur, wenn wir zu unseren Fehlern und Niederlagen stehen, und sie offen zur Diskussion stellen.
Fantomas

NPD - Zeitung beschlagnahmt !

Wegen des Verdachts auf Volksverhetzung sind am 16. Februar die Redaktionsräume der NPD-Parteizeitung "Deutsche Stimme" in Stuttgart von Polizei und Staatsanwaltschaft durchsucht worden. Die Restauflage der Januar-Nummer wurde beschlagnahmt. Die Aktion erfolgte wegen eines Artikels, der unter der Überschrift "An die Polen in Westdeutschland" auf widerliche Weise gegen polnische Aussiedler gehetzt hatte. Unter anderem hatte es in der als "Gedicht" aufgemachten Hetze geheißen: "Sperrt die Gästezimmer unserer Wirtshäuser von außen zu und geht! Geht - nach Polen, an die Arbeit und gebt uns unser Land zurück!" Die Redaktionsleiter des NPD-Blattes müssen mit einer Anklage wegen Volksverhetzung rechnen.
Kritisch anzumerken bleibt freilich, warum diese Beschlagnahme erst erfolgte, als bereits nahezu die gesamte Auflage der Januar-Ausgabe ausgeliefert war.
(nach "taz" vom 17.2.1990)



Fehmarnsches Tageblatt wechselt Besitzer

Das Fehmarnsche Tageblatt, über dessen fortdauernde Werbung für die faschistischen Parteien NPD und DVU wir in der letzten ATZE berichtet haben, ist mit Wirkung vom 1.Januar 1990 unter die Kontrolle des westfälischen Großverlegers Dirk Ippen geraten. Der für seine politische Nähe zu NPD und DVU bekannte Henning Wolff bleibt jedoch Herausgeber und Chefredakteur. Eine Änderung der politischen Linie des Blattes erscheint daher zunächst einmal zweifelhaft.

Alte Inhalte in neuem Gewand

Die Bewegung der AbtreibungsgegnerInnen

Als vor einigen Jahren zum erstenmal Wahlspots der Zentrumspartei mit Greuelbildern zerstückelter Foeten zur besten Sendezeit über die bundesdeutschen Fernsehbildschirme flimmerten, waren viele Frauen zutiefst empört und schockiert. Die Dreistigkeit dieses öffentlichen Auftritts von Abtreibungsgegnern kam für die meisten überraschend und unerwartet. Heute droht frau sich fast an die Allgegenwärtigkeit der Propagandaaktionen von Lebensschützern zu gewöhnen. Leserbriefe, Büchertische, eine Unzahl kleinerer und größerer Veranstaltungen, Kundgebungen und Demonstrationen erregen kaum noch öffentlichen Unmut: Wie selbstverständlich diskutieren Lebensschützer in Sendungen über § 218 und Memmingen mit. Und: es finden sich zunehmend junge Menschen in ihren Reihen.



EHRENAMTLICHE SCHWANGERSCHAFTSBERATER

Das gewachsene Selbstbewußtsein, mit dem sich Abtreibungsgegner dabei einem breitem Publikum präsentieren, dokumentiert mehr als eine von den Christdemokraten mitgetragene "Klimaveränderung". Es spiegelt die Tatsache wider, daß die Anfang der 80er Jahre recht kleinen Gruppen organisierter Abtreibungsgegner, die frau durchweg als rechtskonservative bis rechtsradikale Randgruppen oder religiöse Sektierer einstufen konnte, sich zu einer ernstzunehmenden Bewegung mit größerer politischer Breite entwickelt haben. Ein politischer Faktor, an der kein (konservativer) Politiker vorbei kann. Seit der Regierungsübernahme durch die christlich-liberale Koalition konnten alle Gruppierungen der Abtreibungsgegner einen enormen



Aufschwung verzeichnen. Die Gründung zahlreicher neuer Orts- und Aktionsgruppen, die Bildung von Regional- und Landesverbänden beschränkte sich dabei keineswegs auf die südlichen Bundesländer. Nordrhein-Westfalen wurde neben Bayern und Baden-Württemberg eine der Hochburgen von Lebensschützern. Lückenhaft ist das Netz, das man sich in der Regel durch intensive Kleinarbeit in Kirchengemeinden geschaffen hat, heute bestenfalls noch im Norden der Republik: in Schleswig-Holstein, Hamburg und Niedersachsen. Die phantasievollen Namen, die sich viele der einzelnen Orts- und Aktionsgruppen geben, wirken häufig verwirrend und spiegeln eine Vielfalt an politischen Strömungen vor. Tatsächlich lassen sich aber die meisten Gruppen von Abtreibungsgegnern der einen oder anderen Dachorganisation/ tonangebenden Gruppe zuordnen, deren Spitzenfunktionäre zudem eng zusammenarbeiten und sich regelmäßig austauschen. Die wesentlichen Gruppierungen, die man nach ihrer Arbeitsweise in Bürgerinitiativen, Eliteorganisationen und Parteien differenzieren kann, seien hier kurz genannt.
Ähnlich wie Bürgerinitiativen arbeiten die Gruppen "Aktion Leben e.V.", personell und organisatorisch weitgehend identisch mit dem Dachverband "Bewegung für das Leben", die "Aktion Lebensrecht für Alle (ALFA)", die Initiative "Helfen statt Töten" des "Weißen Kreuzes" und die "Pro Vita". Dabei ist die Aktion Leben traditionell mehr auf die katholische Kirche orientiert, während das Weiße Kreuz und Pro Vita, die beide der rechts-evangelikalen Sammlungsbewegung Evangelische Allianz angehören, in die evangelische Kirche hineinarbeiten. Weniger auf die "Massen" aus dem Kirchenvolk als auf Exklusivität ausgerichtet ist dagegen die "Europäische Ärzteaktion". ber einflußreiche Mitglieder aus universitären Kreisen, Politiker, Verbandsfunktionäre und Vertreter des hohen Klerus wird gezielte Lobby-Politik in Parteien, Kirchen und Ärzteorganisationen betrieben. Die "Juristenvereinigung für das Leben e.V.", wenn auch personell unbedeutend, gibt juristischen Background.
Enttäuschung über die von der CDU/CSU "nicht vollzogene geistig-moralische Wende" ließ Abtreibungsgegner aus dem Umkreis der Aktion Leben 1984 erstmals



zu Wahlen antreten. Heute konkurrieren bereits zwei Parteien, die "Christliche MItte" (früher Zentrum) und die "Christliche Liga", mit kläglichem Erfolg um die Stimmen abtrünniger CDU-Wähler.
Die große Mehrheit der Abtreibungsgegner setzt allerdings nach wie vor auf die christdemokratischen Regierungsparteien. Mit der Arbeitsgruppe "Christdemokraten für das Leben (CDL)" verfügt man über eine Lobby mit direktem Einfluß innerhalb von CDU und CSU. So beeindruckend die Mitgliederzahlen der einzelnen Organisationen klingen mögen - 24000 bei der Aktion Leben, 10000 bei der ALFA, 4000 bei der CDL (nach eigenen Angaben) - über die reale politische Stärke sagen sie wenig aus. Nicht nur Doppelmitgliedschaften und Karteileichen beschönigen das Bild. Stolz berichtet die "Christ und Zukunft" (2/88), daß am 24.5.88 307000 Unterschriften gegen die Krankenkassen-Finanzierung von Abbrüchen mit Notlagenindikation durch Vertreter der Aktion Leben im Bundeskanzleramt überreicht worden seien. Was die Abtreibungsgegner-Postille verschwieg: Gesammelt wurde bereits seit 1981, d.h. über einen Zeitraum von 7 Jahren, von allen (!) genannten Gruppierungen. Und: Stimmen die Angaben, so dürften dabei rund ein Drittel der Unterschriften aus dem allerengsten eigenen organisatorischen Umfeld stammen. Es muß also wahrhaftig kein Zuckerschlecken für Abtreibungsgegner sein, in einer breiteren Öffentlichkeit für ihre Ziele zu werben.

Devise: Frauen nach vorn !

Dies dürfte einer der Gründe sein, warum die Lebensschützer in den letzten Jahren enorme Anstrengungen unternommen haben, um ihr Image in der Öffentlichkeit aufzupolieren.
Im Frühjahr 1987 wirbt die Evangelische Allianz Marburg unter Jugendlichen mit einer poppigen, dem alternativen Stadtmagazin nachgeahmten Broschüre für das christliche Rockkonzert "Welcome". Zwi-

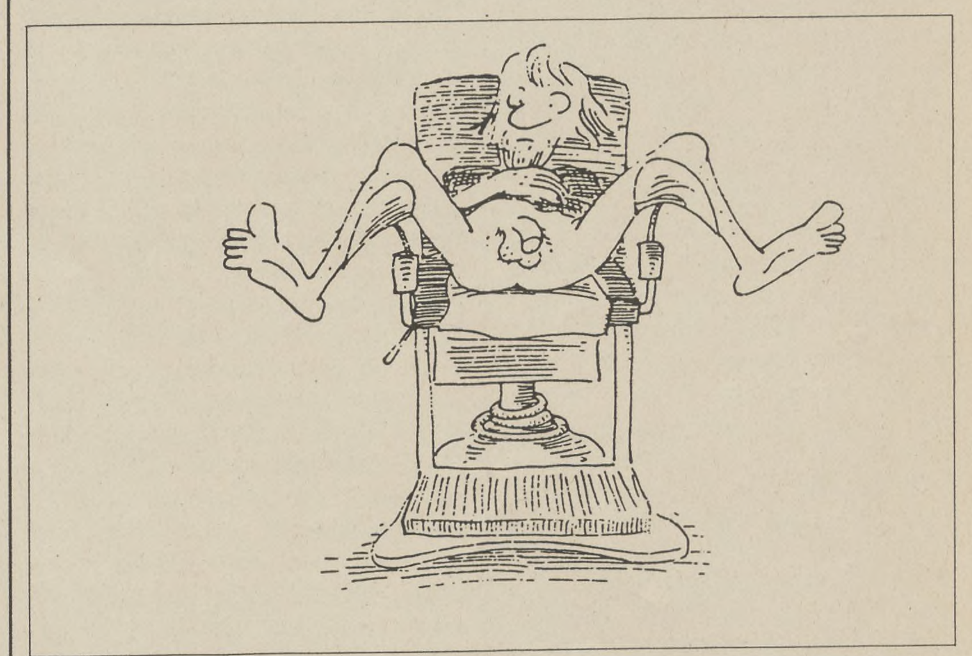


schen Interviews mit Peter Horton und angeblich religiös gesinnten Jugendlichen “Das Tagebuch eines Ungeborenen”. Angeblich: denn einer der zitierten “Schüler” entpuppt sich als ein junger Zahnarzt, dem ein seinen Ansichten völlig widersprechender Text unterlegt wurde. Wenn auch dieser Betrug ein Einzelfall sein mag, das Aufgreifen der Formen der alternativ-demokratischen Bewegung und das Anknüpfen an deren Inhalte ist es nicht. Plumpe Pauschalformel - “Wer gegen Krieg ist, muß auch gegen Abtreibung sein”, “Alle Bäume, Blumen, Kinder wollen leben” - wurden bald verfeinert. Vor allem will man sich vom Ruch der Frauenfeindlichkeit befreien. “Abtreibung nur Frauensache?” leitete vor ein paar Jahren ein Flugblatt der Aktion Leben eine Beweisführung ein, nach der (weil mann bei Zeugung beteiligt) ein Alleinentscheidungsrecht der Frau völlig absurd sei. Heute heißt es bei der Pro Vita: “Von Frauen für Frauen”. So lautet der Titel einer Tagung, die im Juni 1990 stattfinden soll. Vorbereitet von einem “Team von acht FRauen” soll über die Stichpunkte “Gott sagt JA zum Kind - und wir?/ Zwischen Wunschvorstellung und Lebenswirklichkeit/ Testfall: Die ungewollte Schwangerschaft” diskutiert werden.

Ein weiteres beliebtes Mittel: Frauen vorschicken! “Um jedoch dem Vorwurf der Frauenfeindlichkeit zu begegnen, bitten wir insbesondere die Frauen zu kommen”, heißt es 1987 in einem Aufrufflugblatt zu einem Schweigemarsch gegen die Pro Familia Bremen. Zusätzlich werden die Teilnehmer aufgefordert, sich frauenfeindlicher und bevölkerungspolitischer Äußerungen zu enthalten - eine offensichtliche notwendige Mahnung! Dem Eindruck der Frauenfeindlichkeit zu entgehen dient offensichtlich auch die Aufnahme “sozialarbeiterischer” Momente. Sonderfonds für Schwangere, Angebote zur Heim- und Familienunterbringung und zur Adoptionsvermittlung, persönliche Beratung gehören heute zum gängigen Repertior jeder Lebensschützer-Gruppe - mag der reale Wert auch noch so zweifelhaft sein - wie die Auseinandersetzung mit der Verhütungsfrage. Natürliche, “unschädliche” Verhütung “gegen” schädliche, weil frühabtreibende Mittel wie Pille und Spirale heißt die Devise.

Eines der neuesten Betätigungsfelder für Abtreibungsgegner muß hier ebenfalls erwähnt werden. Fast unbemerkt von der Frauenbewegung haben sich Lebensschützer zu den Protagonisten des bürgerlich-christlichen Widerstandes gegen die Gen- und Reproduktionstechnologie etabliert. Ihre These “Menschliches Leben beginne mit der Befruchtung” bietet ein ebenso simples wie scheinbar widerspruchsfreies Argument gegen die Gefahren der technisch-wissenschaftlichen Entwicklung. Daß sie selber es sind, die mit ihrem rigorosen Verfechten der Trennung zwischen der Schwangeren und der Leibesfrucht die ideologische Rechtfertigung für Eingriffe am Embryo geschaffen haben - auch gegen den Willen und das Einverständnis der Frau - wird selbstredend nicht problematisiert.

behinderter und ausländischer Kinder - Referent beim “Internationalen Familienkongreß”, der im April 1989 gemeinsam von allen Gruppierungen der Lebensschützer veranstaltet wurde. Und nicht nur bei den sich liberaler gebenden Organisationen wie Pro Vita und der ALFA, die mit der JAL über eine eigene Jugendorganisation verfügt, bestimmen immer häufiger junge Leute und Frauen das Bild der Aktiven. Selbst die stockreaktionäre “Bewegung für das Leben e.V.” weist 17% ihrer Mitglieder als Jugendliche bis 25 Jahre und 61% als Frauen aus.



Modernisierung erfolgreich?

Ob es den geschilderten Veränderungen in Stil und Inhalt der Propaganda oder untergründigen Ängsten vor den Entwicklungen von Gen- und Reproduktiontechnologien geschuldet ist, Fakt ist: längst trifft das alte Klischeebild männlicher Greise, deren Hetze gegen den Schwangerschaftsabbruch gepaart ist mit unverhohlen nationalistischen und ausländerfeindlichen Sprüchen und denen jeder kleine Fortschritt in Sachen Demokratie und (sexueller) Freiheit schon als “Untergang des Abendlandes” deucht, nicht mehr auf alle Abtreibungsgegner zu. Franz Alt, der sich als Report-Moderator mit seiner couragierten altung zur Friedenspolitik Respekt in fortschrittlichen Kreisen verschaffte, bekennt sich ebenso offen als Abtreibungsgegner. “Dazu” gehört auch Theodor Hellbrügge aus München - engagiert für die Integration

... und offen nach rechts !

Scheinbar widerspruchslos fügen sich Abtreibungsgegner a la Franz Alt in eine Bewegung ein, deren Nähe zur neofaschistischen Ideologie unverkennbar ist, und in der sich zahllose ersönlichkeiten tummeln, die offen ihre Kontakte mit der rechtsradikalen Szene pflegen.

“Noch mehr als der biologische Rückgang der Völker des Westens ist der geistig-sittliche Niedergang in der gesamten westlichen Welt zu beklagen, den Pille und Spirale und in ihrem Gefolge die Abtreibung verursacht haben” verkündet Alfred Häussler, 2. Vorsitzender der Europäischen Ärzteaktion im Dezember 1988 in deren Mitgliederblatt “Medizin und Ideologie”. Häussler, Verfasser einer Schrift “Die Selbstzerstörung Europas mit Pille, Spirale, Sterilisation und Abtreibung” (1986) ist kein Einzelfall.

"Abtreibung ist kollektiver Selbstmord", "Vaterlandsliebe und nationale Selbstachtung", "Mißbrauch des Asylrechts" lauten einige der einschlägigen Schlagzeilen im "Leitbild", dem Parteiorgan der Christlichen Liga.
Wolfgang Philipp, seinerzeit Rechtsanwalt von Ursula Zöller, der Klägerin gegen die Krankenkassenfinanzierung, und nach wie vor als Abtreibungsgegner aktiv, bezeichnete das Asylrecht als verfassungswidrig und unterzeichnete das berüchtigte Heidelberger Manifest, einer Unterschriftensammlung unter Hochschullehrern gegen die "Überfremdungsgefahr" der BRD.
Christa Mewes, beliebte Autorin aller Abtreibungsgegner, engagierte sich in den 70er Jahren als Referentin der "Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung". O-Ton dieser Gesellschaft: "Unverhältnismäßig fruchtbar ist heute der Bodensatz an Asozialen, Kriminellen und Minderbegabten. Jede Kultur hat immer von den Erbanlagen hochbegabter Familien gelebt. Der Aufgang des Abendlandes ist ihrem Kinderreichtum zu verdanken."
Und die Sammlungsbewegung evangelikaler Frauen, der außer Christa Mewes auch die Abtreibungsgegnerin Elisabeth Motschmann angehört, veröffentlicht 1979 in einem Notruf zum "Schutz unseres Volkes vor Anarchie und Tyrannei", es gäbe einen "männlichen Führungsauftrag" und eine gottgeordnete Abhängigkeit der Frau vom Mann". Die Liste dieser personellen und inhaltlichen Berührungspunkte könnte endlos fortgesetzt werden, etwa mit den bei Abtreibungsgegnern aktiven MUT-Autoren Elisabeth Motschmann, Prof. Dr. Getrud öhler, Wolfgang Brezinka und Prof. Max Thürkauf. Die Zeitschrift "MUT" wurde vor Zeiten sogar von Innenminister Zimmermann als rechtsextremistisch und von der Prüfstelle für jugendgefährdende Schriften als jugendgefährdend eingeschätzt. Daß die Parteien der Abtreibungsgegner, Republikaner und die ÖDP "einfach als rechtsradikal eingestuft würden", bedauert die "Bürgerinitiative für eine christliche Wende" 1988 nach der Landtagswahl in Baden-Würtemberg (in Hinblick auf potentielle Bündnispartner?) zutiefst. Sie befindet: "Die Gewinner der Landtagswahl in Baden-Würtemberg sind ausnahmslos Parteien, die entschieden gegen Abtreibung sind ... die nicht im Landtag vertretenen Parteien wie NPD (2,1%), ÖDP (1,4%) und Republikaner (1,0%) erhielten insgesamt mit Deutscher Zentrumspartei und Christlicher Liga, Anm.Verf.) 5,1 Prozent ... zeige der sensationelle Stimmenzuwachs der sogenannten Splitterparteien, daß sich Christen nicht mehr als "Stimmvieh" für die etablierten Parteien gebrauchen ließen, von denen leider keine mehr den § 218 ändern wolle."

Ausnahmen bestätigen die Regel

Eine gewisse Ausnahme stellt in diesem einschlägig rechtslastigen Sumpf die ALFA dar. Ursprünglich eng mit der Aktion Leben und der Europäischen Ärzteaktion verbunden, zeichnet sich in den neueren ALFA-Rundbriefen eine gewisse Distanzierung zur "selbsternannten" Dachorganisation "Bewegung für das Leben" ab. Kritisiert wird u.a. die Holocaust=Embryocaust-Parole ("Eine solche Wortwahl setzt Frauen in Konflikten mit Mördern in nationalsozialistischen Onzentrationslagern und ihrer Rassenpolitik gleich".) und die Diffamierung katholischer Beratungsstellen (Die "Aktion Leben" hatte schon die Beratung nach § 218 als "Beihilfe zum Mord" bezeichnet). Nach dem Motto "Wer sich nicht für bessere Lebensbedingungen für Eltern und Kinder einsetzt, macht sich mitschuldig" legt die ALFA von allen Gruppierungen das größte Gewicht auf Hilfen für Frauen, die sich gegen äußere Umstände für ein Kind entscheiden. Eine Haltung, die ansatzweise nur von der CDL und der Pro Vita aufgegriffen wird.
Daraus allerdings Hoffnungen abzuleiten, es könne innerhalb der Bewegung der Abtreibungsgegner zu gegenseitigen Distanzierungen kommen, wäre verfehlt. Die ALFA, in ihren eigenen Publikationen peinlichst darauf bedacht, sich jeder weitergehenden politischen Äußerung zu enthalten, ist weit davon entfernt, die z.T. offen faschistoide Orientierung ihrer Bündnispartner zu kritisieren. Zu kleine Gegensätze zu den großen sind Gemeinsamkeiten in der Abtreibungsfrage: nicht nur in den grundsätzlichen, sondern auch in den konkreten Forderungen. "Die katholische Kirche wird sich mit dieser Reform niemals abfinden und alles dafür tun, daß dieses unglückselige Gesetz wieder geändert wird" (Kardinal Döpfner, Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz, 1976).



Einig sind sich alle Gruppen der Abtreibungsgegner darin, daß das jetzige Indikationsmodell zu Fall gebracht werden soll. Vergewaltigung oder gar soziale, psychologische oder materielle Notlagen der schwangeren Frau werden als Grund für einen Schwangerschaftsabbruch strikt abgelehnt. Selbst die medizinische Indikation soll nur im Einzelfall - wenn "Leben gegen Leben steht" - akzeptiert werden. Die "Gleichstellung von ungeborenem mit geborenem Leben", wie es die CDL ausdrückt, heißt daher nichts anderes als: ein Selbstbestimmungsrecht von Frauen gibt es nicht!
Auch Lebensschützer wissen, daß sie von diesem Maximalziel noch weit entfernt sind. Doch konkret: wie ist der Stand der Dinge?
- Eine ihrer nach wie vor wichtigsten gemeinsamen Forderungen ist die Aufhebung des Krankenversicherungsschutzes für abtreibende Frauen. Gewiß, nach wie vor werden Schwangerschaftsabbrüche



nach der Notlagenindikation von den gesetzlichen Krankenkassen finanziert. Allerdings wurde die entsprechende gesetzliche Regelung aus der Gesundheitsreform ausgeklammert und blieb als Relikt mit Sonderstatus von der alten Reichsversicherungsordnung erhalten. Ein Zugeständnis an die Abtreibungsgegner unter den Abgeordneten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Und: von den rund 30 privaten Krankenversicherungen zahlt heute nur noch eine bei sozialer Indikation. Das Schwangerenberatungsgesetz - von den meisten Abtreibungsgegnern zunächst als richtiger, wenn auch unzureichender Schritt begrüßt - verschwand nach heftigen öffentlichen Debatten zunächst wieder in den Schubladen. Obwohl bereits die Vorlage des Gesetzes ausgereicht hat, um BeraterInnen und ÄrztInnen nachhaltig zu verunsichern, bezeichnete der Vorsitzende der Aktion Leben, Walter Ramm, die potentielle Wirkung dieses Gesetzes gegen Abbrüche als "gleich Null".

Der Fall Memmingen blieb in diesem Ausmaß bislang einmalig. Massive öffentliche Proteste veranlaßten Justiz und Politiker, sich in ähnlich gelagerten Fällen "vorsichtiger" zu verhalten. Dennoch muß heute jeder Arzt damit rechnen, daß seine ndikation einer gerichtlichen Überprüfung unterzogen werden könnte; kann jede Frau, die sich wie Jutta Dithfurth und die Frauen im Stern öffentlich zu ihrem Schwangerschaftsabbruch bekennt, eine Anzeige (von Abtreibungsgegnern) und ein Ermittlungsverfahren auf sich ziehen.

Erfolgreich ist die Bewegung der Abtreibungsgegner vor allem bezüglich der sogenannten "Bewußtseinsänderung" gewesen. Ohne jede Einschränkung wurden von den Christdemokraten die Parolen der Abtreibungsgegner übernommen, menschliches Leben (und zwar personelles Leben) beginne mit der Befruchtung. Auf Drängen der Lebensschützer wurde in Baden-Würtemberg von der Landesregierung die versprochene Kampagne "Für das Leben" gestartet. Vor allem aber: die öffentlichen Diskussionen, die in den letzten Monaten um den § 218 und den Schwangerschaftsabbruch geführt worden sind, sind von ihren Thesen bestimmt. Nicht mehr die Lebenssituation abtreibender Frauen und deren Selbstbestimmungsrecht steht heute zur Debatte, sondern das Lebensrecht des sogenannten "ungeborenen Lebens".

(Wir entnahmen diesen Aufsatz der im November 1989 erschienen lesenswerten Broschüre zum § 218 "Frauen fordern Selbstbestimmung". Sie wurde herausgegeben von der bundesweiten Koordination der "Frauen gegen den § 218" und ist gegen 3.50 DM zzgl. Porto zu beziehen bei: Monika Scheffler, Paulusstr. 30, 48 Bielefeld)

Prozess gegen FAP-Schläger

Nahezu zwei Jahre vergingen, bevor nun am 6.Februar 1990 acht Angehörige der terroristischen FAP (Freiheitliche Deutsche Arbeiter-Partei) wegen gemeinschaftlicher gefährlicher Körperverletzung, Sachbeschädigung und Nötigung vor dem Amtsgericht Oldenburg/OH erscheinen mußten. Sie gehörten zu einer Gruppe von etwa 30 FAPlerInnen, die am 19.März 1988 in Heiligenhafen eine öffentliche Wahlveranstaltung durchführen wollten. Das entschlossene Auftreten von über einhundert AntifaschistInnen machte diese Absicht jedoch zunichte; selbst das mitgebrachte rassistische und antisemitische Hetzmaterial mußten die Faschisten bei ihrer Flucht zurücklassen.

Im nahe gelegenen Oldenburg überfielen sie kurz darauf AntifaschistInnen, die sich auf dem Heimweg befanden; nachdem deren Pkws durch die quergestellten Autos der Faschisten zum Halten gezwungen worden waren, zerschlugen die FAP-Schläger Autoscheiben und prügelten mit Zaunlatten und Stangen um sich und verletzten drei AntifaschistInnen. Zeugen dieser Vorfälle wagten wegen der Brutalität der Faschisten nicht einzugreifen, schrieben jedoch die Autonummern auf.

Mit von der Partie: Anwalt Rieger

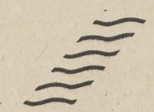
Das Auftauchen des bekannten Faschisten und Rechtsanwalts Jürgen Rieger aus Hamburg als Verteidiger des angeklagten FAPlers Detlev Brüel (Hamburg) führte zum ersten Zwischenfall. Rieger drängte sich durch die vor dem Gerichtsgebäude wartenden AntifaschistInnen und schlug einem Fotografen auf dessen Kamera. Daß er daraufhin einige Knuffe einstecken mußte, nahm er im Gerichtssaal sogleich zum Anlaß, sich und die Angeklagten, von denen bis dahin nur einer erschienen war,



Rieger in Oldenburg

als Opfer des "Terrors von Chaoten" hinzustellen.
Nachdem mit einiger Verspätung die anderen Angeklagten, darunter eine Frau, in einem Mannschaftswagen der Polizei herangebracht worden waren, begann der Prozeß mit der Verlesung der Anklagepunkte (s.o.). Die Angeklagten standen fast alle bereits früher schon einmal wegen Körperverletzung, Verbreitung von Nazi-Symbolen oder anderer Taten vor Gericht und sind einschlägig vorbestraft. Detlev Brüel bspw. ist seit etwa zehn Jahren in führender Funktion zusammen mit dem Neonazi Willi Wegner in der Hamburger Nazi-Szene aktiv; sein Name findet sich auf den von der FAP seit Ende 1987 für "Führungskameraden innerhalb der Gaue Hamburg und Schleswig-Holstein" herausgegebenen "Informationen zur Lage im Norden". Er ist mehrfach wegen gefährlicher Körperverletzung vorbestraft.

Von den FAPlern, die dem Mosler-Flügel zuzurechnen sind und aus Hamburg, Köln und Niedersachsen (Hameln) stammen, machte nur der 21-jährige Stefan Bliesmer eine Aussage, die jedoch eher als Versuch zu werten ist, das Augenmerk des Schöffengerichts auf die Ereignisse in Heiligenhafen zu lenken. Nach den anschließenden Aussagen zweier unbeteiligter Zeugen wurde der Prozeß zunächst unterbrochen, da sowohl Staatsanwaltschaft als auch der Richter eine Erweiterung der Anklage um "schweren Eingriff in den Straßenverkehr" für möglich halten und wegen des damit erhöhten möglichen Strafmaßes allen Angeklagten Verteidiger zuzubilligen seien.
Beobachtenswert war auch das Verhalten der Polizei. Obwohl die AntifaschistInnen deutlich zu verstehen gegeben hatten, daß von ihnen keine Behinderung des Prozeßes zu erwarten sei, verstärkte die Polizei ihre Kräfte und setzte mehrere Polizeihunde ein. Die am späten Vormittag am Gerichtsgebäude eingetroffene kleine Gruppe von Skinheads, die ihre Bewaffnung (Stuhlbeine und Gas(?)revolver) offen zur Schau trug, blieb hingegen völlig unbehelligt. Auf den Fortgang dieses Prozesses im Frühsommer dürfen wir alsogespannt sein.





Bewaffnete Skins blieben von der Polizei unbehelligt

Skinheadterror in Hamburgs Norden

Seit einigen Monaten ist es für AusländerInnen, Punks und Linke gefährlich geworden, die AKN, eine Nahverkehrsbahn zwischen Hamburg und umliegenden Gemeinden im Norden, zu benutzen. Die AKN nämlich ist seit einiger Zeit bevorzugtes Aktionsfeld einer Gruppe von etwa 20 Skinheads, die andere Bahnbenutzer bedroht, angepöbelt und verprügelt haben - ausgerüstet mit Baseballschlägern, Eisenstangen und auch schon mal einer Pistole. Die Skin-Horde nennt sich "Pit-Bulls", ihr bevorzugter Treffpunkt ist die Bahnhofskneipe in Hasloh.Ihr Anführer ist ein aktives NPD-Mitglied aus Bönningstedt, der den Kontakt zu Skins und organisierten Neofaschisten in der Umgebung herstellt. Das gerade die AKN zum Tummelplatz der Nazi-Schläger geworden ist, liegt am Einzug mehrerer Glatzen in Hasloh, einer Hamburger Randgemeinde. Diese bekommen des öfteren Besuch aus Hamburg und umliegenden Gemeinden. Da Hasloh recht klein ist, kennen die Faschisten diejenigen im Dorf, die antifaschistisch eingestellt sind oder sich überhaupt politisch engagieren. Die Konsequenz sind Drohungen an Hauswänden ("Clemens wir kriegen dich", mit Hakenkreuz). Die Angst ist in Hasloh so verbreitet, daß kaum jemand wagt, auch nur Anzeige zu erstatten - zumal nicht der Eindruck entsteht, die Polizei würde sich viel Mühe geben, den Terror zu unterbinden.
Dementsprechend wurde begonnen, einen Selbstschutz zu organisieren, anfangs Fahrdienste, um die AKN nicht benutzen zu müssen, später gab es zwei mal Aktionen, wo so viele AntifaschistInnen gemeinsam Bahn fuhren, Präsenz zeigten, Flugblätter verteilten und in einem Fall mehrere Faschisten mit handfesten Argumenten zum Davonrennen bewegten.

Schatzi, ich bin ja so glücklich!

Bericht einer Teilnehmerin vom Fantifa - Workshop

Am 3. und 4. Februar fand im Rahmen der FrauenLesben-Ringvorlesung ein FANTIFA-Workshop statt.
FANTIFA bedeutet: Feministisch-antifaschistischer Widerstand. Was sich hinter diesem Begriff verbirgt, und daß dieser Ansatz keine Spaltung des antifaschistischen Widerstandes darstellt, sondern ein bisher in diesem Bereich systematisch vernachlässigter Aspekt, soll im Folgenden erläutert werden.
Ca. 15 Frauen trafen sich an diesem Wochenende, um in Zusammenarbeit mit Ursel Döhmann das von ihr zusammengestellte Material zu sichten und zu diskutieren. Dabei handelte es sich u.a. um eine Sammlung von Texten (Titel der Sammlung: "Schatzi, ich bin ja so glücklich", ein Slogan der 50iger-Jahre Werbung), die sich in drei Abschnitte gliedert:
- welches Gesellschaftsbild? Welcher Ort für Frauen?
- Selbstbestimmung, wohin? Zwischen Eugenik und Abtreibungsverbot.
- Widerstand: feministisch/antifaschistisch

Im ersten Abschnitt sind Texte von neofaschistischen Organisationen ("Deutsche Frauenfront", "Deutsche Zentrumspartei") und aus Zeitschriften ("Gäck", "MUT"), von der "Christlichen Liga", der "Liga für das Kind in Familie und Gesellschaft", Ausschnitte aus dem REP-Programm (1989), aus der Dokumentation des "Bundesministers für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit" und ein Aufsatz von Ferdinand Oeter (ehemaliger wissenschaftl. Berater des Familienministeriums) zur Sozialpolitik. Daneben Ausschnitte aus den Büchern "Frauen und Ökologie" und "Mütter an die Macht" von Maria Mies und Hedwig Ortmann.
Die ausführliche Aufzählung der Texte soll verdeutlichen, daß wir uns an diesem Wochenende nicht nur mit dem Frauenbild von bekannt neofaschistischen Gruppierungen auseinandergesetzt haben, sondern auch mit dem Frauenbild statlicher Institutionen oder anderen etablierten Organisationen und mit Positionen von Frauen, die sich selbst zum feministischen/ökologischen Spektrum zählen.
Nach dem Durcharbeiten und Diskutieren der Texte unter der Fragestellung: Welches Gesellschaftsbild Welcher Ort für Frauen? zeigten sich (für mich) erste deutliche

Umrisse einer feministisch-antifaschistischen Arbeit:
Durch das (zumindest vorerst) Zurückschieben von Bemühungen um eindeutige, genauere Definitionen von Faschismus kann der Gefahr entgangen werden, sich schon im Ansatz in zahlreiche und nicht unbedingt lösbare Widersprüche zu begeben, oder sich im Dschungel der "Faschismustheorien" zu verlieren. Indem jedoch konkret formuliert und kritisiert wird, welche traditionelle Funktion Frauen in der Gesellschaft zumeist zugeschoben wird und dies direkt als Bewertungskriterium an gesellschaftspolitisch wirkende Bestrebungen angelegt wird, gewinnen wir einen pragmatischen Ansatz, der auch die zentrale Bedeutung dieser Frage berücksichtigt. An der Erörterung der Frage, welcher "Ort" Frauen in der Gesellschaft zugewiesen wird, läßt sich das gesamte Gesellschaftsbild der jeweiligen Gruppierungen ablesen. Die Folge ist, daß bei dieser Herangehensweise die Kritik nicht mehr nur auf neofaschistische Positionen abzielt, sondern weiträumiger greift.
Die Elemente des neofaschistischen Frauenbildes (dieses "Frauenbild" ist in der neofaschistischen Szene nicht einheitlich) stimmen vor allem mit Elementen des rechtskonservativen überein. Die Frau wird durch Propagierung des "Dogmas der gesellschaftlichen Polarität" als "anders" definiert, sie wird auf sogenannte "weibliche Eigenschaften" reduziert und steht häufig nur in ihrer Funktion als Mutter und Hausfrau im Vordergrund. Die von dieser Richtung als anstrebenswert erachtete Gesellschaft gründet sich auf der "patriarchalisch-monogamen Kleinfamilie", in der die Frau ihre traditionelle Rolle innehat. Diese Punkte gilt es jedoch zumeist herauszuarbeiten, da sie kaum klar und eindeutig genannt, sondern durch pseudo-emanzipatorische Ansätze verdeckt werden, die z.B. die Berufstätigkeit der Frau "erlauben" und/oder sogar Verbesserungen in diesem Bereich für Frauen fordern. Hinzu kommen sowohl die Bejahung des kapitalistischen Leistungs- und Ausbeutungssystems mit all seinen Organisationsstrukturen und Wertsetzungen, als auch die Betonung des nationalen Elements.
Im Bereich der gesellschaftlich tätigen Organisationen, die zumindest nicht explizit einer Partei angehören, behandelten wir vor allem die "Liga für das Kind in Familie und Gesellschaft" (Mitglieder u.a.: "Kinderschutzbund" und "Deutscher Hebammenbund") und die "dhg" (Deutsche Hausfrauengewerkschaft), deren frauenfeindliche Politik erst beim zweiten Hinsehen sichtbar wird. Frauenfeindlichkeit in dem Sinne, daß sie letztendlich auf die Funktionalisierung der Frau als Hausfrau und Mutter hinarbeiten und festschreiben wollen.

Die unter dieser Fragestellung behandelten Texte von linksökologischen (Hedwig Ortmann) und feministischen Spektren (Maria Mies) beruhten entweder auf einer nicht näher (und damit beliebig füllbaren) Annahme des Andersseins" der Frau (z.B. friedfertiger, naturverbundener,...) oder berücksichtigten nicht ausreichend gesellschaftsbedingte Ursachen in ihren Analysen.

In einem Aufsatz von Maria Mies z.B., eine bislang als Ökofeministin bekannte Autorin, wurden beim genaueren Hinterfragen ihre Thesen deutlich, daß ihr Widerstand gegen das Patriarchat darauf hinausläuft, eine Selbstversorgungswirtschaft zu errichten, die auf ökologischen Prinzipien beruht. Den Anknüpfungspunkt für Frauen sieht sie in der Annahme, daß sich in einer derart gestalteten Gesellschaft das patriarchale Geschlechtsverhältnis von selbst aufhebt.

Fazit: Nicht alles, was unter "feministisch" gehandelt wird, ist, so unbestimmt dieser Begriff auch sein mag, feministisch.

Selbstbestimmung, wohin?

Der zweite Abschnitt "Selbstbestimmung, wohin?" wurde in Form von Arbeitsgruppen behandelt, die sich u.a. mit den EG-Richtlinien zur "Prädikativen Medizin", Lebensschützerorganisationen (z.B. "Aktion Leben e.V.", "Christdemokraten für das Leben") und deren Strategie sowie linken als auch rechten Äußerungen zur Selbstbestimmung der Frau beschäftigten. Wir werden heute mit einer Technologie konfrontiert, die unübersehbare Möglichkeiten des Eingriffs/ der Manipulation menschlichen Genmaterials bereithält und mit AbtreibungsgegnerInnen, deren Argumentation nicht nur auf einem reaktionären Moralbegriff basiert, sondern die auch der Argumentation von AbtreibungsbefürworterInnen unterstellt, Pro-Eugenik-Positionen Vorschub zu leisten.

Hier wird das Recht der Frau auf Selbstbestimmung zurückgedrängt durch Fragen wie: Wann beginnt Leben? Ist Abtreibung Mord? Fragen, die selbst sog. Linken so wichtig wurden, daß es auch in diesem politischen Bereich bereits Stimmen gibt, die ein Überdenken der "Selbstbestimmung der Frau" fordern (statt "Moral" zu überdenken; statt gegen gesellschaftliche Zwänge, denen Frauen unterliegen, zu protestieren; statt die Abschaffung des 218 zu fordern; ....). Daß es kritisch werden kann in einem durch Fremdbestimmung geprägten System "Selbstbestimmung" einzuklagen, mag folgendes Beispiel verdeutlichen: Manche Gentechnik-BefürworterInnen, ÄrztInnen, rechte Politiker, etc. könnten mittlerweile schon fast der Parole "Mein Bauch gehört mir" zustimmen. Denn da es anhand der zur Verfügung stehenden Diagnostik möglich ist, Behinderungen an Embryonen/Föten frühzeitig zu erkennen und damit der Frau frühzeitig möglich ist, sich für oder gegen eine Abtreibung zu entscheiden, wäre die in diesem Fall mögliche Selbstbestimmung zugleich eine Entlastung der Gesellschaft von ihrer Verantwortung für behinderte Menschen. Die Frau hat sich, oberflächlich betrachtet, selbstbestimmt für das behinderte Kind entschieden, also liegt die Versorgung und die Verantwortung bei ihr. Solche Argumentationsstränge sind keine aus der Luft gegriffenen Konstruktionen, sondern - z.B. von Krankenkassen -denkbar und möglich!

Feministisch-antifaschistischer Widerstand

Im dritten Abschnitt erarbeiteten wir, wiederum an Textbeispielen, welche Irrwege feministisch-antifaschistischer Widerstand gehen kann. Die Ergebnisse der Textanalysen ergaben also eine Definition durch Negation und Abgrenzung. Dies soll hier im einzelnen nicht erläutert werden, z.T. ergibt es sich aus dem bereits Erwähnten. Zum Schluß soll hier noch kurz auf die Frage: "Wo setzt feministisch-antifaschistischer Widerstand" an? eingegangen werden.

Der Widerstand kann sich nicht auf neofaschistische Gruppierungen beschränken, sondern muß zugleich in rechtskonservativen, linken, ökologisch orientierten und feministischen Spektren Kritik ansetzen. Ein Ansatz, der in seiner Radikalität sicher bei vielen auf Abwehr stoßen wird, weil er bestehendes "Schubladen-Denken" in Frage stellt und eine ständige kritische Auseinandersetzung einfordert. Das bedeutet kontinuierliches Durchforsten und Hinterfragen bestehender Organisationen/Gruppierungen und ihrer Ansätze und Vorgehensweise, eine fortwährende Wühlarbeit. Und das Herstellen von Bezügen und Parallelen, z.B. von staatlicher Familienpolitik und dem sich dahinter verbergenden Frauenbild in seiner historischen Kontinuität.

Der Rahmen dieses Artikels läßt es nicht zu, präziser in die Einzelheiten einzusteigen und konkretere Informationen zu vermitteln. Bleibt zu hoffen, daß Frauen, die Lust bekommen haben, mehr darüber zu erfahren, sich z.B. im FrauenLesben-Referat im AStA der Uni Kiel zu melden (Westring 385, Tel. 8802647 - Telefonnummer des AStA-Sekretariats).

Doret ist die vorläufige Kontaktadresse für interessierte Frauen. Vielleicht gelingt ja die Gründung einer FANTIFA-Gruppe in Kiel.

FANTIFA

... gegen Frauenpolitik von rechts nach rechts ...

... gegen Mutterstuß und Spiritus ...

... gegen Macho-Frust im Antifa ..

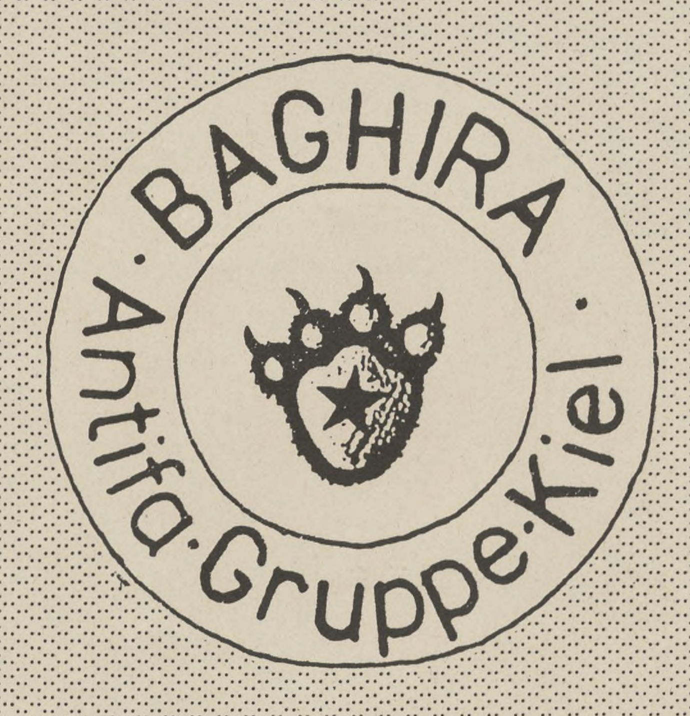
BAGHIRA stellt sich vor

Die Jugendinitiative Antifa-Café-Kiel, auch bekannt unter dem Name "Baghira Antifa Gruppe Kiel", existiert seit dem 7.9.89. Wir sind hauptsächlich Jugendliche, Schülerinnen und Schüler sowie Auszubildende, die sich zusammengefunden haben, um gemeinsam etwas gegen Faschismus und "Neue Rechte" zu tun.

Wir wollen insbesondere Jugendliche über Faschismus und Neofaschismus informieren und aufklären. Unser Ziel ist die Einrichtung und der Betrieb eines Jugend-Antifa-Cafés, möglichst in Kiel-Gaarden. So ein Antifa-Café soll unter anderem als Anlauf- und Treffpunkt für Jugendliche dienen, die gegen Rassismus und Neonazis aktiv werden wollen. Auch Leute, die Probleme mit Neonazis haben und Hilfe brauchen, sollen durch das Café angesprochen werden.



Neben dem normalen Café-Betrieb planen wir, Filme über Faschismus und Antifaschismus zu zeigen, Videofilme selber zu drehen und vorzuführen, Theater zu spielen, Ausstellungen zu organisieren und (z.B.:für Schulen) selber zu entwerfen, sowie Diskussionen zu diesem Thema zu führen. Wir möchten Informationen über den Faschismus sammeln, auswerten und, nicht nur im Café, der Öffentlichkeit zugänglich machen. Wir wollen das Café mit z.B.: Zeitungen und Broschüren ausstatten, Öffentlichkeitsarbeit betreiben und selber Aktionen planen und durchführen.

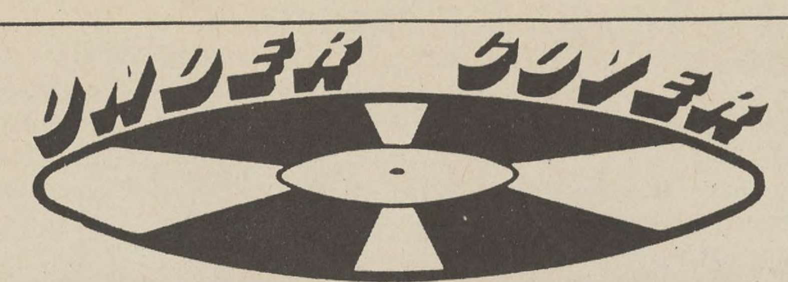


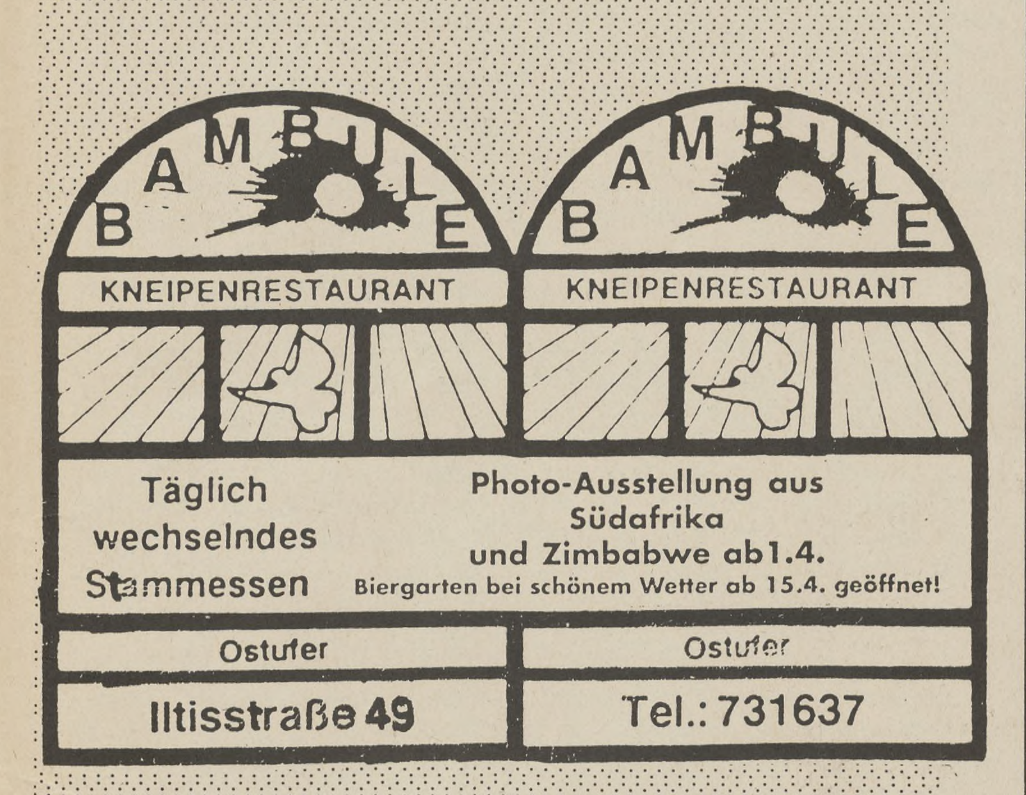
Das Café soll kein "rein politischer" Treffpunkt werden, sondern auch Begegnungsstätte,wo mensch Spaß haben kann z.B.: beim Kaffee- Teetrinken, klönen, Musikhören oder spielen.

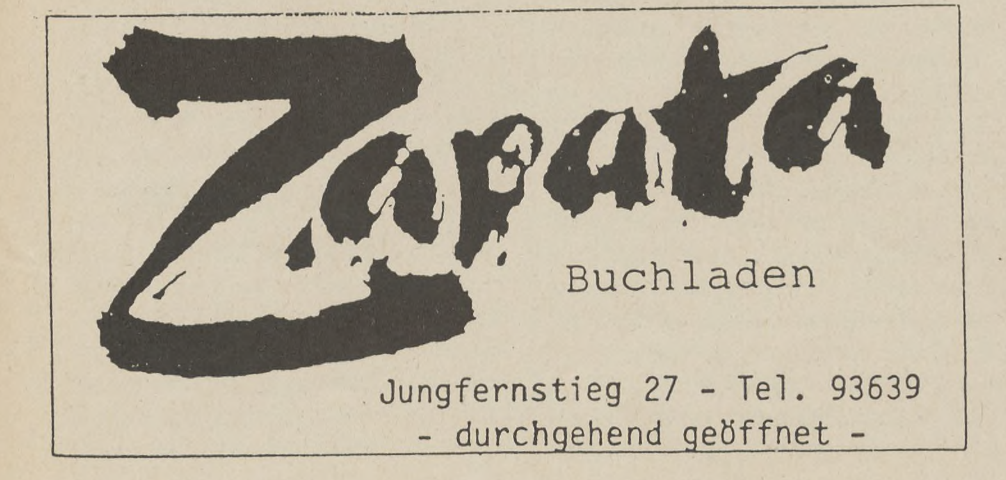
Bislang trafen wir uns im allgemeinen 14-tägig im deutsch-Türkischen Volkshaus, da wir noch keine geeigneten, eigenen Räumlichkeiten hatten, wo wir uns treffen konnten. Zur Zeit haben wir unsere Zelte im Jugend-Café in der Stoschstr.10 in Kiel-Gaarden aufgeschlagen, wo wir uns voraussichtlich Sonntags um 16 Uhr treffen, um von hier aus weiter nach eigenen Räumlichkeiten zu suchen.

Für die Finanzierung geeigneter Räumlichkeiten und unsrer Arbeit haben wir u.a. ein Spendenkonto bei der Kieler Spar- und Leihkasse eingerichtet: BLZ: 210 501 70, Kontonummer: 11 79 043. Über hier eingehende Gelder würden wir uns sehr freuen.

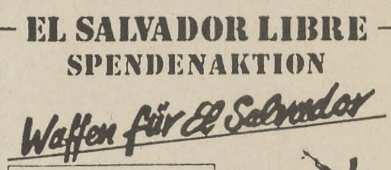
Kontakt über: Baghira Antifa Gruppe Kiel c/o Buchladen Zapata Jungfernstieg 27 2300 Kiel 1











Postgiroamt Berlin-West
Sonderkonto
28859-107
Bankleitzahl 10010010

Freunde der alternativen Tageszeitung e.V.
1000 Berlin 61



Kontostand: 26.10.89
4.249.742,60 DM

Bisherige UnterstützerInnen:
AIB - Dritte Welt Zeitschrift, Arbeiterkampf, blätter des iz3w, Cuba Si, ides, ila - Info, Inprekorr, Konkret, Lateinamerika Nachrichten, PROWO, Radio Dreieckland - Freiburg, Radio 100 - Westberlin, Radio Z - Nürnberg, Euskadi Information

Leitfaden der Sozialhilfe in Kiel



Leitfaden der Sozialhilfe in Kiel

3. Auflage, Stand Oktober 1988, 4,— DM

Magazin Verlag, Schweffelstr. 6
2300 Kiel 1

Ein 120 Seiten starkes Nachschlagewerk zu allen Fragen der Sozialhilfe, zur Antragstellung, zu Gemeinschaften (WG, Ehe ohne Trauschein). Vermögen, Heranziehung Verwandter, Kfz, Winterkleidung, Miete, Energiekosten, Staubsauger, Bewirtungskosten, Umzug, Stromschulden, Unterhaltsvorschuß, Zwangsarbeit...
ein umfangreiches Stichwortregister erleichtert den Durchblick

Diskussionsbeitrag: Rassismus

Der folgende Artikel soll als Grundlage zum Thema Rassismus helfen, Aufgaben und Ziele der antifaschistischen Arbeit genauer zu bestimmen. Die Ansätze, die hier aufgezeigt werden, sind keineswegs neu, jedoch fanden sie unserer Meinung nach in der ATZE bisher keine Beachtung. Antifaschismus bedeutet mehr als Kampf gegen faschistische Parteien und Organisationen - so wichtig diese Form des Kampfes auch ist - in letzter Konsequenz bedeutet sie eher Symptombehandlung, als die Ursachen an der Wurzel zu packen. Gerade um Ursachen erfassen und auf dieser Grundlage zielgerichtet bekämpfen zu können, halten wir eine Auseinandersetzung über Rassismus - nicht nur als Bestandteil der faschistischen Ideologie, sondern auch als fester Bestandteil dieser Gesellschaft - für dringend erforderlich.

Was ist Rassismus?

Rassismus ist jede aktive Handlung, die einem oben und unten der Völker, also einer ethnischen Hierarchie, entspringt und gleichzeitig die theoretische Rechtfertigung dieser Hierarchie.
Der Rassismusbegriff beinhaltet also Theorie und Praxis, wobei die Theorie - oder der ideologische Überbau - nicht zwangsläufig mit einer Rassentheorie gleichzusetzen ist, die ein oben und unten der Völker eindeutig festsetzt. Die theoretische Rechtfertigung rassistischer Praxis kann auch aus anderen errschaftsmodellen abgeleitet werden, die diesen Punkt (ethnische Hierarchie) gar nicht speziell anssprechen bzw. sogar leugnen. Deshalb ist es sinnvoll, auch in Hinblick auf die heutige Situation, diese Erscheinungsformen in offenen und verdeckten Rassismus zu unterscheiden.

Zur Geschichte des europäischen Rassismus

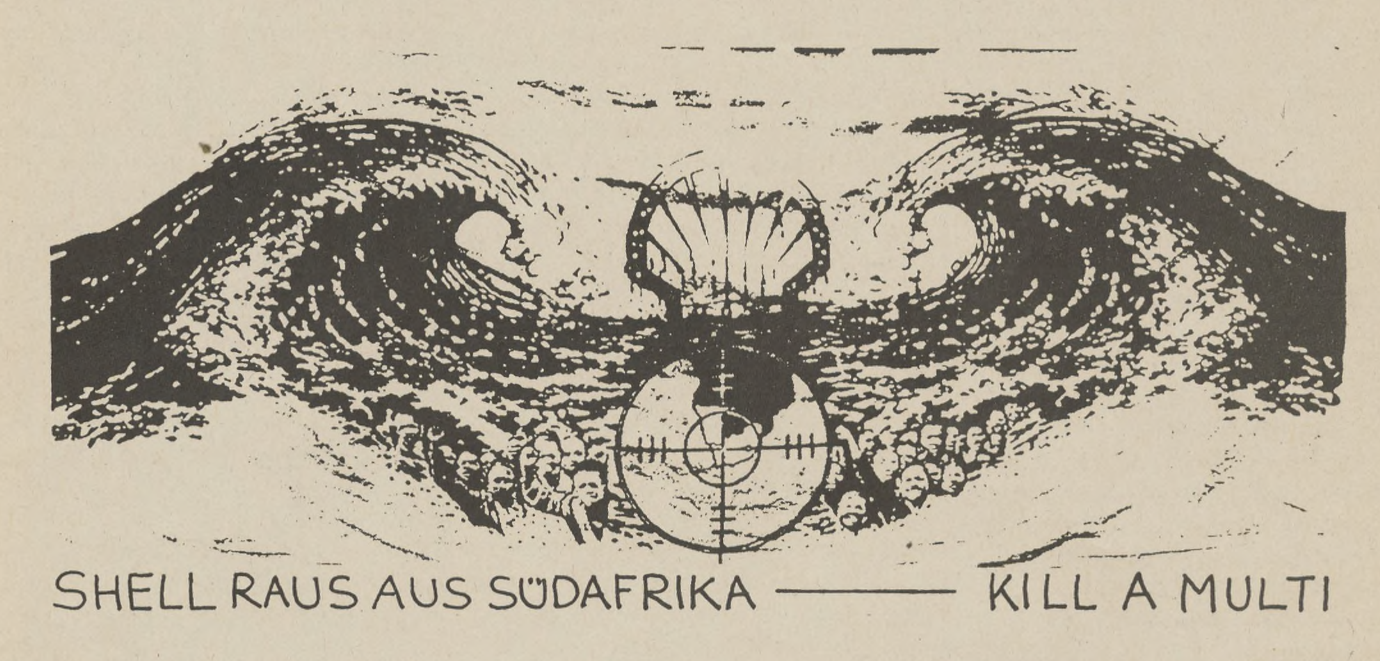
Vor schätzungsweise 8000 - 10000 Jahren kam es zu einem folgenschweren Wandel in der Geschichte der Menschheit: die Herrschaft entstand. Das wohl erste zwischenmenschliche Herrschaftsverhältnis war das Patriarchat, die Herrschaft des Mannes über die Frau. Vermutlich wird es nicht lange gedauert haben bis Mann damit begann, solcherlei herrschaftliche Beziehungen auch auf andere Verhältnisse zu übertragen, wie etwa auf die der verschiedenen Stämme und Völker untereinander. Das war der geschichtliche Anfang des Rassismus.
Um die grundlegenden Wurzeln des heutigen europäischen Rassismus darzustellen, reicht es aber bis zum Christentum zurückzugehen. Das Christentum hat als religiöse Theorie die Religion der Antike abgelöst, dabei die patriarchale Theorie übernommen und weiterentwickelt und um ein rassistisches Element erweitert. Die christliche Hierarchie sieht schematisch dargestellt in etwa so aus: Natur = Frau < Mann (= Mensch/ beherrscht die Natur und damit die Frau)) = Gott (männlicher Schöpfer außerhalb der Natur). Als rassistisches Element tritt die schwarz-weiß Hierarchie hinzu: schwarz für böse, verdorben, Hölle, Teufel (Heiden); weiß für Sauberkeit, Unschuld, Güte (Christen).
Das Christentum wurde Staatsreligion im Römischen Reich, vereinheitlichte die Kirche durch die praktische Umsetzung einer zentralistischen Hierarchie (Papsttum), übernahm weltliche Macht, missionierte Europa und entwickelte dabei eine eigene rassistische Praxis, die sich in den Kreuzzügen steigerte.
Als dann Ende des 15. Jhd. die Kolonialisierung der Welt von Europa aus gestartet wurde (vor allem von Spanien, Portugal, Niederlande, England, Frankreich), diente das Christentum vortrefflich dazu, die von den Eroberern begangenen Greueltaten zu rechtfertigen. So standen die weißen Herren ihrer Anschauung nach niederen, animalischen Kreaturen gegenüber. Sie plünderten, versklavten, betrieben Raubbau; jeglicher Widerstand wurde nach Möglichkeit niedergemetzelt, ganze Völker und Kulturen ausgerottet.

Die erste Phase des Kolonialismus ging mit dem 18.Jhd. zu Ende, die amerikanischen Siedlungskolonien wurden größtenteils in die formale Unabhängigkeit entlassen, die Kritik am Kolonialismus, vor allem an dessen Wirtschaftlichkeit, nahm zu. Aber das änderte sich.
Etwa 1870 begann die Phase des kolonialen Imperialismus (Hauptmächte: England, Niederlande, Frankreich, Rußland, Japan, Deutschland), die eng mit der Entstehung neuer rassistischer Theorien in der Mitte des 19.Jhd. verbunden war. Dazu gehörten u.a. Sendungsbewußtsein (wir sind die von Gott auserwählte Rasse, um der Welt die Zivilisation zu bringen) und die sozialdarwinistische Ideologie eines Kampfes ums Dasein (nur die Härtesten überleben). Mit diesem Hintergrund entbrannte der Kampf um die Kolonien aus neue, wobei sich die Methoden der Aneignung kaum von denen der ersten Kolonialisierungsphase unterschieden. Die Kolonien ddienten als Rohstofflieferanten, Siedlungsraum, Anlage für überschüssiges Kapital und bildeten meist eine Wirtschaftseinheit mit dem Erobererland.
Diese Phase ging nach dem II.Weltkrieg in den heutigen Imperialismus über, wobei die Grundlagen für eine weitere Abhängigkeit und Beherrschung der ehemaligen Kolonien längst gelegt worden waren. Die Kolonialmächte hinterliessen Länder, in denen sie die ursprüngliche Kultur, soziale Beziehungen, Wirtschaftsformen etc. zu einem großen Teil für immer zerstört hatten, Länder, die ganz auf die Bedürfnisse der Industriestaaten zugeschnitten waren: Monokulturen, eine Infrastruktur, die allein dem Abtransport der Rohstoffe diente und schließlich Herrschaftsstrukturen, die von ihnen installiert worden waren. Der neue Imperialismus wird dann am Beispiel des internationalen Rassismus der BRD noch näher behandelt werden. Vorher kommen wir zu einem weiteren Kapitel in der Geschichte des Rassismus: dem Nationalsozialismus.
Dieser zeichnet sich durch die Weiterentwicklung der rassistischen Theorien des 19.Jhd. zu einer Rassenideologie aus, auf deren Grundlage eine bis dahin nie dagewesene bestialische rassistische Praxis entstand. Die Judenverfolgung wurde nach der Machtübertragung ziemlich schnell institutionalisiert (Verlust der Gleichberechtigung, Verbot von sog. Mischehen, Berufsverbot, Änderung der Familien- und Vornamen, Kennzeichnung jüdischer Geschäfte, Zwangsarisierung, Judenstern) und endete mit der systematischen, industriell betriebenen Massenvernichtung, durch die 4 - 5 Mio. Menschen jüdischer Abstammung ermordet wurden.

Die Ebenen des Rassismus

* Internationaler Rassismus: diese Ebene bezieht sich auf die internationalen Beziehungen der Völker untereinander. Die westlichen Industriestaaten haben die Völker der Welt durchhierarchisiert und in 1., 2. und 3. Welt eingeteilt, wobei sie sich

an die Spitze gesetzt haben und aus dieser Herrscherposition, der Tradition des Kolonialismus treu, die Entwicklungen fremder Völker beeinflussen, indem sie versuchen, ihre eigenen Interessen weltweit durchzusetzen.
Der heutige bundesdeutsche internationale Rassismus erstreckt sich auf die Bereiche Wirtschaft, Militär/Aufstandsbekämpfung, Ideologietransfer.
Das Ziel, der als rassistisch zu bezeichnenden Wirtschaftspolitik, ist die Unterwerfung der Wirtschaft fremder Staaten unter die Interessen des BRD-Kapitals, das heißt die bundesdeutschen Wirtschaftsbonzen ihre Existenzgrundlagen vernichtet werden, durch Hunger ermordet, vertrieben, zur Prostitution gezwungen oder in Großfabriken vernutzt. Und eine weitere Folge: Viele Betroffene haben die Schnauze voll und leisten Widerstand, was wiederum die auf den Plan ruft, die ihre Profitquellen nicht versiegen lassen wollen, womit wir beim Bereich Militär/Aufstandsbekämpfung wären.
Können deutsche Interessen im Ausland nicht durch wirtschaftliche Erpressung durchgesetzt werden, wird zu Mitteln aus dem militärischen Bereich gegriffen, die z.B. befreundete Herrscherclique bei der (das ganze läßt sich auch als Kulturimperialismus bezeichnen und steht geschichtlich in der Tradition des Sendungsbewußtseins). Dazu gehören z.B. das Goethe-Institut, das der Pflege und Verbreitung deutscher Sprache und Kultur im Ausland dient, oder kirchliche Entwicklungshilfeprojekte im Bildungsbereich, die Meinungen und Wertvorstellungen aufzwingen anstatt zu helfen.
* Institutioneller Rassismus: Die institutionelle Ebene, also der Rassismus staatlicher, wirtschaftlicher, anderer gesellschaftlicher Einrichtungen, Interessenverbände usw., überschneidet sich stark mit dem



versuchen zum Teil mit Hilfe der Bundesregierung und von ihnen geschaffenenen internationalen Organisationen die Wirtschaftspolitik (und damit einhergehend Sozialpolitik, Bevölkerungspolitik, usw.) fremder Staaten so zu beeinflussen, daß ihre Chancen der Profitsteigerung dort möglichst hoch sind. Das läuft z.B. über Direktinvestitionen, das heißt die Errichtung von Produktionsstätten bundesdeutscher Konzerne im Ausland (Bayer, Hoechst, VW, Adler, BASF etc.), die in der Regel mit "Entwicklungshilfe"geldern subventioniert werden, oder Kreditvergabe und damit Verschuldung, was über staatliche Kredite, private Banken oder Organisationen wie IWF und Weltbank abgewickelt wird.
Die Folgen sind vielschichtig: Auf der einen Seite freuen sich die Konzernherren und die nationalen Herrschercliquen über die abgepreßten Profite, auf der anderen Seite werden Millionen von Menschen, indem Aufstandsbekämpfung unterstützen sollen, oder die Basis bilden, von dort aus Putsche in benachbarten Ländern zu organisieren. Dazu gehören u.a.: Militär-, Polizeihilfen und "Entwicklungshilfe"gelder, die direkt in die militärische Infrastruktur gehen (z.B. für Guatemala, El Salvador, Türkei, Philippinen...); Rüstungsexporte durch private oder bundeseigene Onzerne (MBB, Rheinmetall, Thyssen, HDW, Fritz Werner, Siemens, MTU, Daimler...) z.B. nach Südafrika, Chile, Argentinien, ürkei, Iran, Irak ...; direkte Interventionen (BGS in Namibia, GSG 9 in El Salvador) und nicht zu vergessen: die Bekämpfung von Befreiungsbewegungen auf dem Boden der BRD (aktuelles Beispiel der KurdInnenprozeß in Düsseldorf).
Als letzter Punkt des internationalen Rassismus der BRD kommt der Ideologietransfer dzu, was soviel bedeutet, wie die Übertragung/Ausbreitung westlicher Werte und Normen aufandere Zivilisationen internationalen Rassismus, da dieser hauptsächlich durch Institutionen getragen wird. Auf nationaler Ebene wird der institutionelle Rassismus zu einem großen Teil durch das Oben und Unten der privilegierten deutschen Bevölkerungsmehrheit und der ausländischen, Sondergesetzen unterliegenden Bevölkerungsminderheit geprägt. Das bedeutet nämlich, daß gerade staatliche Institutionen damit betraut sind, eine solche rassistische Politik in die Praxis umzusetzen, z.B. ustiz, AusländerInnenbehörden, Sozialämter ...
Auf der institutionellen Ebene begegnen wir aber auch Vertretern des offenen Rassismus, die sich ausdrücklich auf Rassenideologien beziehen und fast ausschließlich in faschistischen Zusammenhängen stehen. Dazu gehören Parteien (von FAP bis REPs), Kulturgruppen, Glaubensgemeinschaften usw., aber auch durchaus andere Bereiche, wie die wissenschaftliche Forschung (Dr. Jürgens/ s. ATZE, Dez. '89 S.14 f.).

* Individueller Rassismus: Die Ebene des individuellen Rassismus ist wohl die vielschichtigste und am schwersten durchschaubare Ebene überhaupt. Individueller Rassismus tritt als verdeckter oder offener auf und reicht von Ignoranz, wohlwollender Bevormundung bis zum Mord.

Die Existenz des individuellen Rassismus ist für die Existenz der beiden anderen Ebenen unabdingbar, andersherum bringen gerade diese den individuellen Rassismus entscheidend mit hervor. Was jedenfalls feststeht: Menschen werden nicht als Rassisten geboren, sondern entwickeln sich dorthin (oder auch nicht). Entscheidend dürfte dabei sein, inwieweit sie lernen, Herrschaftsverhältnissse anzuerkennen und sich in sie einzufügen / in welchem Maß die Gesellschaft, in die sie heineingeboren werden, rassistisch strukturiert ist / ob eine offene und zugleich öffentliche Auseinandersetzung erwünscht ist oder unterdrückt wird / welche eigenen Erfahrungen gemacht und wie sie verarbeitet wurden.

Zur Lage in der BRD

Um die heutige Situation in der BRD verstehen zu können - sie zeichnet sich dadurch aus, daß der offene Rassismus und damit einhergehende Faschismus an Boden gewinnen - ist es notwendig, einen Blick zurückzuwerfen.

Die Gründung der BRD ging mit dem Bekenntnis zum Kapitalismus/Imperialismus einher, das heißt es wurde ein wirtschaftliches System installiert, das sich durch das Streben nach möglichst hohen Gewinnen und wirtschaftlicher Macht auszeichnet. Das bedeutet gerade für die internationalen wirtschaftlichen Beziehungen: wir erkennen (wünschen) ein Oben und Unten der Völker an, wir haben das Ziel, in dieser Hierarchie ganz oben zu stehen (und auf diese Weise Herrschaft über möglichst viele Völker auszuüben).

Desweiteren wurde für den nationalen Bereich von Anfang an die Spaltung und Hierarchisierung der Bevölkerung in eine privilegierte deutsche Mehrheit und eine unterprivilegierte, Sondergesetzen unterliegende ausländische Minderheit durchgezogen. Dazu kommt, daß die BRD als Nachfolgestaat des III.Reiches in der Tradition eines extrem offenen Rassismus steht. Es bleibt festzuhalten, daß die BRD grundsätzlich und von vornherein rassistisch strukturiert wurde, wobei dies in Abgrenzung zum Nationalsozialismus nicht durch eine Rassenideologie gerechtfertigt wurde, sondern durch ein wirtschaftliches Herrschaftsmodell. Es läßt sich also von einem verdeckten Rassismus sprechen.



Die rassistischen Grundlagen der BRD standen nie öffentlich zur Diskussion, im Gegenteil: Die herrschende Rassismusdefinition beschränkt sich ausschließlich auf die Theorien des offenen Rassismus, wodurch der eigene Rassismus quasi wegdefiniert wird, das heißt auch, daß die Geschichte des deutschen Rassismus (wie Kolonialismus) z.B. in der Schule nicht als solche, sondern eher noch positiv als zivilisatorische Leistung behandelt wird. Da ist es nicht verwunderlich, wenn viele Menschen, die innerhalb dieses rassistischen Systems leben, dieses nicht in Frage stellen, sondern es verinnerlichen.

Dazu kommt noch der Anstieg der sozialen Isolation, z.B. als Folge einer allumfassenden Technologisierung (Produktion, Haushalt, Freizeit), wodurch zwischenmenschliche Beziehungen reduziert und auf das Verhältnis Mensch-Maschine verlagert werden, oder als Folge städteplanerischer Strategien, die bewußt darauf angelegt sind, gewachsene Kommunikationsstrukturen zu zerstören. In diesem Land gibt es viele Menschen, deren Kontakte zu anderen Personen auf ein Minimum beschränkt sind, was durch blödsinnige Verhaltensnormen (wie Tabuthemen) noch weiter eingeschränkt wird. Auf so einem Boden wachsen rassistische Vorurteile um so leichter, die nur schwer wieder abzubauen sind.

Soweit zur Ausgangslage und weiter zur Frage:

Wie kommt es zum Vormarsch des offenen Rassismus und Faschismus? Die Stärkung des offen rassistischen und faschistischen Lagers, sichtbar in den Wahlergebnissen und vor allem in der zunehmenden Zahl rassistischer Gewalttaten und Morde, ist eine Entwicklung der letzten Jahre, die in einem engen Zusammenhang mit der "geistig-moralischen Wende" zu sehen ist, die diesem Lager die öffentliche Bühne für

ihre Propaganda und Aktivitäten bereitgestellt hat.
Doch was steht hinter dieser Taktik der Wenderegierung? Sie werden sich wohl ungefähr folgendes gedacht haben: Wenn wir Weltmacht Nr.1 werden wollen (und das wollen wir), dann müssen wir als erstes die USA und Japan auf Dauer wirtschaftlich schlagen. Deshalb müssen die Profite noch höher werden, das heißt mehr Arbeit - für weniger Menschen - für noch weniger ohn. Und was tun wir mit dem Volkszorn? Wir lenken ihm um, damit er die Falschen trifft, indem wir alte Feindbilder neu aufpolieren und die AusländerInnen zur Zielscheibe machen. Dementsprechend gelassen reagierte die CDU/CSU/FDP-Koalition auf das Erstarken der Rassisten und Faschisten, während sie durch den Entwurf eines neuen AusländerInnengesetzes das Netz noch enger zieht.
Und die parlamentarische Opposition? Die will natürlich auch Weltmacht Nr.1 werden, setzt aber auf die Integrationsschiene und grenzt sich lediglich durch durch Plattheiten ab: Faschismus ist böse, seid nett zu unseren AusländerInnen, bla,bla, ansonsten ist ja alles bestens. Die inhaltliche Auseinandersetzung, auf die die SPD setzt, gewinnt so den Charakter einer Diskussion zwischen orthodoxen und undogmatischen Rassisten; jedenfalls ist es nicht anzunehmen, daß die SPD - selbst auf Druck der Basis nicht - die rassistischen Grundlagen dieses Systems in Frage stellen wird, die sie ja selber, z.B. als Regierungspartei in den 70'ern, mitgestaltet hat. Aber genau darauf kommt es an!

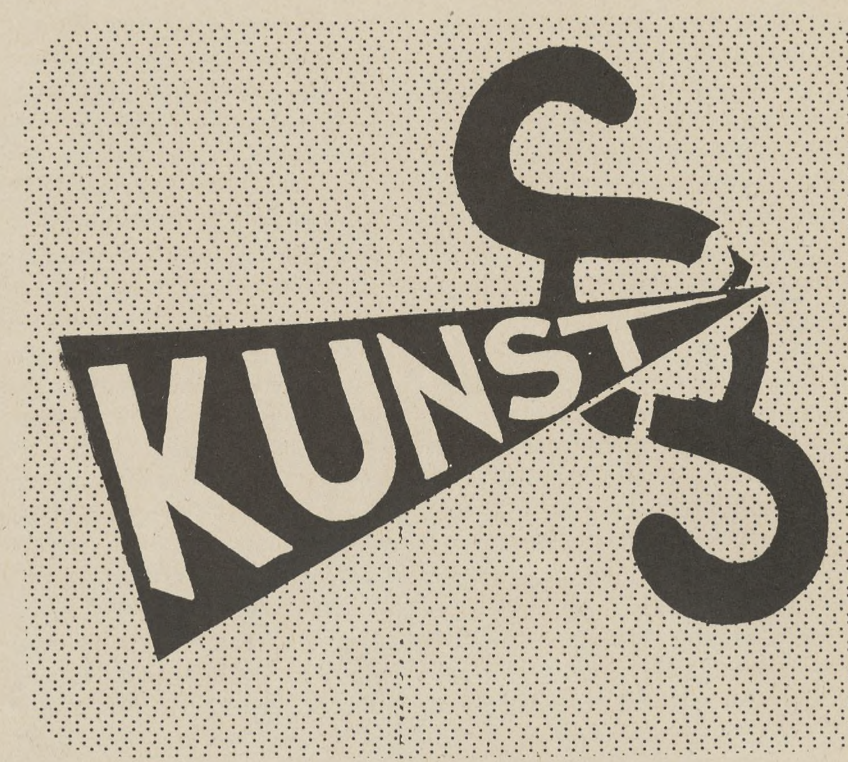
Rassismus in der Linken

Antifaschismus läßt sich nicht vom Kampf gegen die Wurzeln des Faschismus trennen und eine dieser Wurzeln ist der Rassismus. Wenn wir heute als Linke gegen den Rassismus kämpfen, sollten wir eines nicht vergessen: Wir sind in einem System geboren worden und aufgewachsen, das hierarchisch und rassistisch organisiert ist - ein System, das auch uns geprägt hat. Sich als Linke/r zu fühlen, heißt nicht automatisch, frei zu sein vom Rassismus. Dazu geben wir eine Textstelle aus dem Artikel "Rassismus in der Linken" wieder (veröffentlicht im "Schwarzen Faden" Nr.32, 3-89), die sich u.a. auf die ewige Gleichsetzung von rassistischer Unterdrückung von AusländerInnen und Faschoterror gegen Linke bezieht, und auf das bevormundende Verhalten des "Berliner Bündnis gegen Faschismus, Rassismus und Sexismus" gegenüber den Angehörigen, FreundInnen und KollegInnen des ermordeten Ufuk Sahin: "Linke, die selbst unterdrückt und kriminalisiert werden, als Autonome, Kommunisten, Frauen, Lesben, Homosexuelle, Punks, Lohnarbeiter, Jobber, Arbeitslose oder Sozialhilfeempfänger, sollen zugleich als Weiße privilegiert und Unterdrücker sein? Diese Erkenntnis verwirrt und schmerzt. Und weil sie schmerzt, darf sie nicht wahr sein. Doch mit dieser Verdrängung - der Flucht in die angebliche Gleichheit - werden Linke zu Mittätern, zu Verbündeten des Rassismus.
Die Spaltung ist Realität. Wir müssen sie als Realität akzeptieren, weil wir nur so unsere eigene Stellung in dieser Auseinandersetzung klären können. Als Weiße, als Privilegierte haben wir kein Recht, im Namen oder über Immigranten und Flüchtlinge in der BRD und Westberlin oder die Unterdrückten anderer Kontinente zu sprechen. Es ist unsere Pflicht, ihre Stimmen zu hören, ihren Kampf um Gleichberechtigung und Selbstbestimmung, um Autonomie solidarisch zu unterstützen, ohne das berühmte deutsche "Wenn" und "Aber". Unsere Stellung im antirassistischen Kampf haben wir als Weiße, als Privilegierte, aus unserer subjektiven Situation heraus zu begründen. Wir haben zu klären, warum wir aus der Rolle der Privilegierten ausbrechen wollen. Unsere Worte zählen dabei weit weniger als unsere Taten. Es geht um die praktische Veränderung unseres Lebens, unseres Widerstandes."
Dieser Artikel ist zum einen entstanden, weil uns beim Lesen der ATZE auffiel, daß ein antirassistischer Blickwinkel kaum präsent war, zum anderen mußten wir feststellen, daß uns selbst so einiges an Klarheit fehlte. Um eine solide Diskussionsgrundlage zu haben, haben wir uns bemüht, das Thema möglichst grundlegend anzugehen, zumal die laufende Antirassismusdiskussion zum Teil auch durch sehr spezielle (auf bestimmte Aspekte beschränkte) Herangehensweisen bestimmt wird.
Behaltet Eure Kritik nicht für Euch - wir freuen uns über (fast) jede Reaktion.
Einige Leute von KAVIA/R
Kontakt: KAVIA/R, c/o Zapata, Jungfernstieg 27, 2300 Kiel

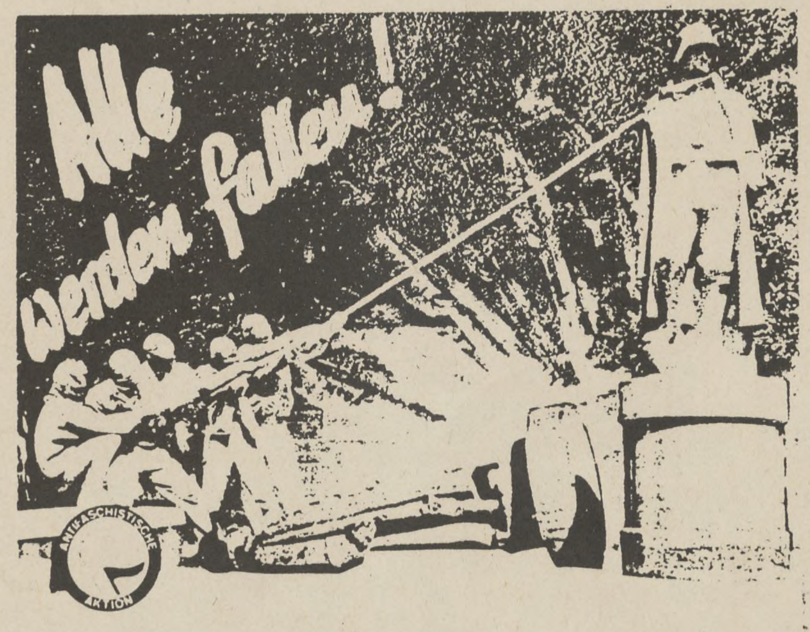


Ausstellung in Kiel: Kunst als Widerstand





Die Ausstellung geht mit 25 kriminalisierten Plakaten, aus dem Widerstand der 8o-er Jahre an die breite Öffentlichkeit. Sie will die Geschichte dieser Plakate im Zusammenhang mit den jeweils zugehörigen Bewegungen dokumentiern. Es ist ein Versuch exemplarisch aufzuzeigen, wie und warum in der BRD politische Zensur betrieben wird. Gleichzeitig sehen die AusstellungsmacherInnen darin die Möglichkeit, damit über bloßes Gejammer und liberale Forderungen über Paragraphen hinauszugehen. Die Ausstellung ist ein klarer Schritt in Richtung offensives Umgehen (mit was? - der Tipper). Unsere Inhalte, politische Vorstellungen und Lebensperspektiven wollen wir auch weiterhin unabhängig von staatlichen Grenzen und Kriminalisierung veröffentlichen.



Was gibt es zu sehen?

Im ersten Teil der Ausstellung werden 25 Plakate aus dem Widerstand aus den 80-er Jahren bis heute dokumentiert. Anhand der Plakate wird aufgezeigt, wie die Arbeit zu Themen wie Antifa, Anti-AKW, Staatsterrorismus, Stammheim, 1.Mai, Volkszählung, Asyl, Startbahn, politische Gefangene... systematisch angegriffen und kriminalisiert werden. In welcher Bewegung entstanden sie, warum entstanden sie so (künstlerische Gestaltung),wo setzte die Kriminalisierung an und ein und welche Folgen hatte dies für die Beteiligten.

Der zweite Teil der Ausstellung beinhaltet 15 Tafeln zu historischer Plakatkunst des Widerstands. Hier geht es um die Darstellung einzelner Strömungen der Kunst in ihrem Selbstverständnis. Der größte Bezug wird zur politischen Da-Da-Bewegung der 20-er Jahre in Berlin hergestellt. Die Entwicklung des Dadaismus, sein Kampf gegen das System, Militär, HERRschaft und seine KünstlerInnen werden anhand von exemplarischen Biographien aufgezeigt. Es wird ein Bogen geschlagen von 1914 bis 1933 und der Entwicklung der Kunst im Exil zwischen 1933 und 1945.

Damit das alles nicht nur so per Ausstellung vorbeirauscht, wird es einen Ausstellungskatalog geben, viele Veranstaltungen und Filme, die unsere Inhalte noch mehr erklären, zur Diskussion stellen und natürlich viel Musik.

Ausstellungseröffnung: 17.März 1990, Galerie der Pumpe, Haßstraße 22, Kiel.

Wirtschaftsinvasion gen Osten

Die Machtergreifung des Kapitalismus kann sich auf fünf Ebenen vollziehen:

1. Direktinvestitionen
   Sogenannte joint venture, d.h. Kapitalbeteiligungen von BRD-Unternehmen an DDR-Betrieben ohne Anteilsbegrenzungen
2. Unternehmungsgründungen
   Tochtergesellschaften, Zweigniederlassungen im Bereich Produktion und Vertrieb
3. Kooperationen
   Zuliefererkooperationen, d.h. billige Zulieferer, Innovationsgemeinschaften
4. Aufbau von Absatzmärkten im Konsum- und Investitionsgüterbereich
5. Leasing-Geschäfte, vor allem bezogen auf neue technische Anlagen

Nicht alle Unternehmensstände sind an allen Ebenen interessiert:
Konzerne sind vor allem an joint venture, Neugründungen und Leasing interessiert.
Der Mittelstand sieht eher seine Chancen in dem Erschließen von Absatzmärkten und Kooperationen. Obwohl der bereits abgeschlossene joint venture zwischen ROBOTRON (DDR) und PILZ (BRD) ein mittelständischer Zusammenschluß ist. Der Mittelstand ist definiert durch die Anzahl der Beschäftigten 100-500, allerdings ist die obere Grenze heute schon bis an die 1000 verschoben worden.
Was bietet die DDR dem Kapital an Voraussetzungen (Standortfaktoren) :

Zu den positiven Faktoren

Die gleiche Industriestruktur ermöglicht eine 1:1 Anwendung von Unternehmensstrategien auf die DDR.Es sind keine kostenintensiven Umstrukturierungen nötig. Die Produktionspotentiale sind da, wo sie benötigt werden.
Das niedrige Lohnniveau bei gleichzeitig hoher Qualifikation und deutscher Arbeitsmentalität bietet eine im Vergleich zu anderen Billiglohnländern stabile Gewinngrundlage.
Der Geldüberhang in der DDR kann sich zu Kaufkraft im Konsum- und Investitionsgüterbereich entwickeln.

Zu den negativen Faktoren

Eine unzureichende und veraltete Infrastruktur (12 Jahre veraltetes Telefonnetz) blockiert die notwendigen Kommunikations- und Vertriebsverbindungen.
Das Preisniveau ist zu niedrig und vor allem zu starr.
Das Währungsverhältnis der DDR-Mark ist schlecht und sie ist vor allem nicht frei austauschbar.
Die Steuergesetzgebung ist zu einschränkend.
Diese schlechten Rahmenbedingungen sind aber durchaus zu verbessern. Von BRD-staatlicher Seite können Maßnahmen zum Ausbau der Infrastruktur finanziert werden. Zur Verbesserung der Kommunikationsverbindungen gibt es sogar schon private Geldgeber (Telecom). Das schlechte Währungsverhältnis könnte sich im Verlauf von Produktivitätssteigerungen verbessern. Die viel diskutierte Währungsunion ist eher ein rein politisches Moment und ohne wirtschaftlich negative Folgen sowohl für BRD- als auch für DDR-Betriebe kurzfristig nicht zu realisieren. Die Preise sind in der DDR unter dem politischen Druck bereits z.T. freigegeben. Die Preisfreigabe wird sich auch weiter fortsetzen. Die Steuergesetzgebung ist auch schon gelockert worden, wenn auch für das Kapital noch nicht weitreichend genug. Alles in allem ist die DDR eine Chance, die sich das Kapital nicht entgehen läßt, wenn auch die Interessen der Unternehmensstände unterschiedlich begründet sind.

Die Interessen des Mittelstandes

Der Mittelstand steht unter einem starken Wettbewerbsdruck vor allem in Hinblick auf den EG-Binnenmarkt 1992. Um wettbewerbsfähig zu bleiben, bzw. Gewinnsteigerungen zu erreichen, muß entweder die Produktion ausgeweitet oder müssen die Kosten gesenkt werden. Eine Produktionsausweitung ist in der Regel durch die Unternehmensgröße begrenzt. Kosteneinsparungen können durch niedrigere Löhne und/oder durch Auslagerung eigener Betriebsbereiche auf Zuliefererbetriebe bewirkt werden. Hier bietet die DDR die Möglichkeit sich Zulieferer aufzubauen, die billig und noch dazu technisch kompetent und zuverlässig sind. Durch joint venture wäre allerdings auch noch die Produktionserweiterung möglich. Durch ein schon seit einiger Zeit aufgestelltes Mittelstandsförderungsprogramm winkt staatliche Unterstützung. Das Motto " die DDR zur verlängerten Werkbank zu machen" charakterisiert diese Strategien. Seit Ende 1989 ist im Handelsblatt täglich eine Kooperationsbörse veröffentlicht. Aufgelistet werden nach Branchen unterteilt, mittelständische DDR-Betriebe mit Angabe von Anzahl der Arbeitnehmer und Adresse. Optimistische Erwartungen zeigen sich auch deutlich im Anstieg der Aktienkurse vor allem im Maschinenbau und in der Elektroindustrie.



Der mittelständische Handel bereitet sich auch schon jetzt auf den Einstieg in den DDR-Markt vor. Allerdings sind kurzfristig die Gewinnchancen wegen der Preise und des Währungsverhältnises noch nicht günstig.



Die Interessen der Konzerne

Die nationalen und multinationalen Konzerne sehen der Entwicklung eher gelassen entgegen. Aufgrund ihrer Finanzkraft, Marktverflechtungen und Marktmacht, stehen sie nicht unter diesem Druck wie der Mittelstand. Natürlich werden sie genauso ihre Chancen nutzen, warten aber den strategisch günstigsten Zeitpunkt ab. Allerdings laufen bereits Vorbereitungen bzw. sind konkrete Vereinbarungen getroffen worden. So ist VW wegen der japanischen Konkurrenz daran interessiert mit der DDR ins Geschäft zu kommen. Gemeinsame Produktion und die Erschließung des Ostens als Absatzmarkt stehen hier im Vordergrund. Da ja fast der gesamte Ostblock zu zerfallen scheint, einschließlich der Sowjetunion, kann die DDR die Drehscheibe zum Osten werden.

Die sofortige Wiedervereinigung ist nicht das Interesse der Wirtschaft. Das Kapital wird die derzeitigen Chancen zur Steigerung der Profitraten nutzen. Das mittelfristige Ziel ist allerdings der Aufbau der DDR-Wirtschaft zu einer starken wirtschaftlichen Kraft. Dann stünde auch von wirtschaftlicher Seite nichts mehr gegen eine totale politische Wiedervereinigung. Das Ergebnis dann: Eine starke Position im EG-Bereich und eine stärkere Einflußnahme im Osten und in anderen Kontinenten, auch z.B. in den USA. Die Direktinvestitionen des BRD-Kapitals in den USA sind bereits relativ hoch.

Die Vereinnahmung der DDR ist nicht mehr aufzuhalten. Sie reichte dem Kapitalismus den kleinen Finger, und er nahm die ganze Hand, und er wird sich alles nehmen. Die Regierungsverhandlungen, das Investitionsschutzabkommen und die bevorstehende Wahl in der DDR sind nur Makulatur aus dem politischen Druck heraus. Vieleicht wird schon am Ende dieses Jahres der Preis, den der Kapitalismus besonders von der Bevölkerung der DDR fordert, spürbar werden. Viele Menschen werden an den Rand der Gesellschaft gedrückt. Die Chance zur Steigerung der Profitraten bedingt gleichzeitig vermehrte soziale Probleme und deren instabilisierende Einflüsse. Dieses und eine sozialistische, antifaschistische Erziehung als Erbe der DDR ist langfristig vieleicht eine Chance für eine "gesamtdeutsche" neue linke Bewegung.

Buchbesprechung

Geheime Koalitionsverhandlungen zwischen Regierung und Republikanern?

Geheime Koalitionsverhandlungen zwischen Regierung und Republikanern?

Die Republikaner haben auf ihrem Parteitag ein neues Programm verabschiedet, um koalitionsfähig zu werden. Bei der Abfassung hatten sie Unterstützung von reaktionären Verbänden, Institutionen und Politikern aus CDU/CSU.

"Der Republikaner" ist ein Schauspiel. Was beim Erscheinen des Heftchens vielleicht noch als überspitzte künstlerische Darstellung hätte gelten können, wird zunehmend von der Wirklichkeit eingeholt: Die Republikaner entwickeln einen neuen Faschismus, der salonfähig gemacht wird.

Erster Akt:

Caudillo, der Republikaner, fordert neben Innen- und Verteidigungsminister auch noch den Justizminister. Neunzig, sein Mitarbeiter, sorgt dafür, daß der Republikaner wieder eine Presse bekommt. Er läßt mit Schlagtot und Dum Dum die Leibwächter und Schlägerhorden los. Monetary, seine Frau, sorgt sich um die Reputation des Republikaners.

Zweiter Akt:

Die Regierungspartei hat den Forderungen des Republikaners nachgegeben und eine Vereinbarung unterzeichnet. Doch der Caudillo will neu verhandeln, will mehr. Monetary erinnert ihn daran, daß seine Kassen leer sind, daß er ohne sie nichts sei, daß sie ihm das ganze Geld besorge. Sie will ihm fähige Berater besorgen und rät ihm: "Sammle eine Elite um dich, die denkt, und eine, die kämpft". Stürmer, der neue Berater des Republikaners, will die Faschisten moderat, honorig und demokratisch, ganz zur Verfassung stehend, erscheinen lassen. Der Caudillo hält dagegen: "Demokratie, Liberalisierung, Gewerkschaften; Dinge die wir so schnell wie möglich abschaffen werden". Seinem Diener Zeitgeist wird es langsam unbehaglich. Er verständigt die Presse.

Dritter Akt:

Monetary und Stürmer erreichen die Unterstützung der Finanzbourgeoisie. Stürmer will, daß der Republikaner sich als Anwalt der breiten Masse gibt. Caudillo antwortet: "Wir brauchen völkische Visionäre, völkische Helden, keine sozialen Quacksalber".Zeitgeist übergibt die geheime Vereinbarung mit der Regierungspartei der Presse. Der Republikaner muß fliehen, und der Kanzler gibt sein Ehrenwort, daß es keine Geheimpapiere gebe.

Die Form des Schauspiels eignet sich ausgezeichnet, um die verschiedenen Seiten bei der Herausbildung eines modernen Faschismus darzustellen, die in einem analytischen Artikel leicht als zu plump gezeichnet erscheinen könnten.

Als Schauspiel aufgeführt kann "Der Republikaner" bestimmt noch wirkungsvoller aufklärerisch eingesetzt werden, als nur als Leseheft. -(clm)

Wilfried Koch, Der Republikaner, GNN-Verlag Köln, Zülpicher Straße 7, 5000 Köln.

Kein Verfahren gegen früheren NS-Marinerichter Schlegelberger

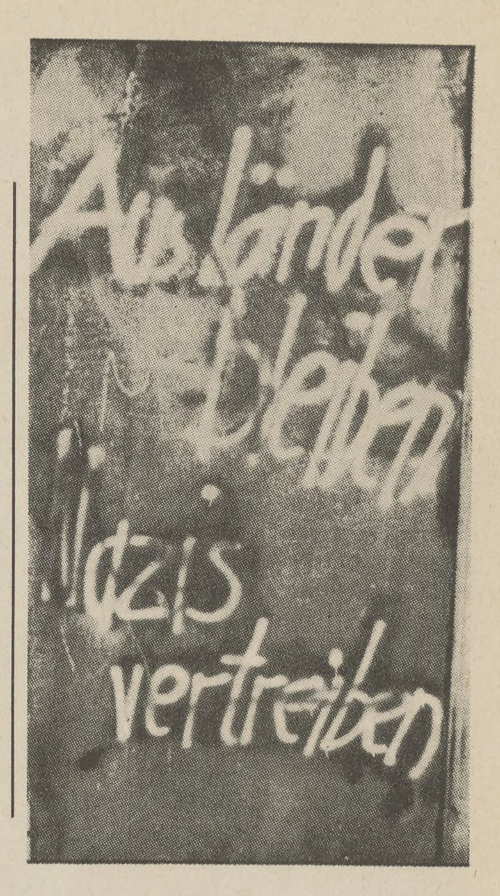
Kein Verfahren gegen früheren NS-Marine-Richter Schlegelberger

Die Kieler Staatsanwaltschaft wird gegen den ehemaligen schleswig-holsteinischen Finanz- und Innenminister Hartwig Schlegelberger kein Ermittlungsverfahren wegen dessen Wirken am Marinekriegsgericht Berlin während der Nazi-Diktatur einleiten. Die Staatsanwaltschaft ist der Ansicht, Schlegelberger habe als Richter nie die Todesstrafe verhängt, jedoch in mehreren Fällen als Ankläger die Todesstrafe gefordert (vgl. ATZE Nr. 7, Dezember '89). Daß er dennoch auch heute nicht zur Verantwortung gezogen wird, begründet die Kieler Staatsanwaltschaft damit, daß die damaligen Gesetze juristisch korrekt angewandt wurden und die Todesstrafen durch die damalige Rechtsordnung gedeckt seien. Da braucht sich jemand also nur an die (willkürlichen) Terrorgesetze der Nazis "gehalten" zu haben und schon bleiben seine Verbrechen ohne negative Auswirkungen. Die Kieler Staatsanwaltschaft leugnet damit den Unrechtscharakter des Nazi-Regimes.

Kiel: Bombendrohung gegen ausländische Studierende

Der rassistische Terror gegen Menschen nicht-deutscher Nationalität nimmt immer neue Formen an; am 18.1.90 kam es gegen 21 Uhr im Dr.-Oetker-Haus (DOH) (Wohnheim für StudentInnen) zu einer telefonischen Bombendrohung. Der Anrufer "begründete" den für 21.55 Uhr zu erwartenden Anschlag damit, daß in dem Wohnheim viele Ausländer wohnen, die er vernichten wolle.

Auch wenn schließlich zum angegebenen Zeitpunkt keine Bombe explodierte, hat die Drohung begreiflicherweise bereits viele BewohnerInnen in Angst und Schrecken versetzt. Diese wurden nicht gerade beruhigt durch das Verhalten der Polizei, die weder Anstalten unternahm, alle sich im Haus aufhaltenden Menschen zu warnen, noch etwas zum Auffinden des Sprengkörpers zu unternehmen. Stattdessen warteten die Beamten den angegebenen Zeitpunkt ab und führten auch danach nur eine oberflächliche Kontrolle durch. Auf die Frage einer ausländischen Studentin, ob die Bombe vielleicht versteckt oder aus technischen Gründen nicht explodiert sein könnte, antworteten die Polizisten, daß sie ihre Aufgabe erledigt hätten und entfernten sich. Das Verhalten der Polizisten läßt nur den Schluß zu, daß sie die Verletzung oder gar den Tod von BewohnerInnen bewußt in Kauf genommen haben; ein solches Verhalten ermutigt Faschisten geradezu zu einer Eskalation ihrer Aktivitäten. Eine Mitschuld trifft jedoch auch das Studentenwerk, das ausländischen Studierenden nicht in allen Wohnheimen gleichmäßig "Wohnungen" zuteilt, sondern diese vor allem ins DOH einquartiert. Ghettobildung und Isolation sind die Folge. Den Faschisten wird ihre Hetze auf diese Art erleichtert.



Lübecker Polizei im "rechten" Licht

"Stinksau, rote Zecke!", so wurde ein kurz zuvor ohne ersichtlichen Grund festgenommener Lübecker Antifaschist von Polizeibeamten der Mengwache beschimpft. Er wurde dort außerdem an den Haaren gerissen und mehrfach mit Stiefeln in die Nieren und auf die lediglich besockten Füße getreten.

Diese Übergriffe ereigneten sich im Zusammenhang mit der Besetzung der Räume der Lübecker Nachrichten (LN) durch AntifaschistInnen, die mit dieser Aktion gegen die einseitige Berichterstattung im Fall der am 17.November bei einem Polizeieinsatz in Göttingen getöteten Conny Wissmann protestierten. (ATZE berichtete)

In Trauer und Wut über den Göttinger Vorfall hatten Lübecker Antifaschistnnen eine Todesanzeige für Conny formuliert und zum stolzen Preis von 800.- DM bei den LN aufgegeben. Dennoch erschien diese Anzeige nicht ...

In ihrer Berichterstattung über die Göttinger Vorfälle orientierten sich die LN allein am offiziellen Polizeibericht. Die übereinstimmenden Berichte vieler AugenzeugInnen wurden hingegen nicht zur Kenntnis genommen. In ihnen wird die Göttinger Polizei schwer belastet: Nachdem sich die Polizisten über Funk verständigt hatten, die Gruppe "plattmachen" zu wollen, griffen sie demnach ohne Vorwarnung und unter Schlagstockeinsatz an, so daß AntifaschistInnen, die den Schlägen entgehen wollten, nichts anderes übrig blieb, als auf eine stark befahrene Straße zu laufen. Conny Wissmann wurde dabei von einem Auto erfaßt und starb noch an der Unfallstelle.



Polizeieinsatz gegen AntifaschistInnen in Flensburg

Ein Polizist mit Hund und gezogenem Schlagstock versuchte, AntifaschistInnen, die Conny Erste Hilfe leisten wollten, zu vertreiben und meinte, sie sollten sich "gleich danebenlegen".
Mit der Forderung nach unverzüglichem Abdruck der abgelehnten Todesanzeige für Conny, einer Berichterstattung, die auch die Augenzeugenberichte der Göttinger Vorfälle berücksichtigt, und der Information über den Fall des in Lübeck zu jener Zeit in Abschiebehaft sitzenden Kurden Abdul Baki Koc wurden am 2.12.89 die Räume der LN besetzt. Während der Aktion zeigte man sich dort zunächst uneinsichtig und rief die Polizei. Die BesetzerInnen hatten jedoch ein Transparent aus dem Fenster gehängt und vor dem LN-Gebäude wurden Flugblätter verteilt, so daß sich eine Menschentraube bildete. In dieser Situation - da die Öffentlichkeit aufmerksam wurde - lenkten die LN-Vertreter ein. Die Forderungen der antifaschistischen BesetzerInnen wurden weitgehend erfüllt und die Aktion damit als eindeutiger Erfolg zu werten, wäre da nicht der Zwischenfall, den die herbeigerufene Polizei trotz Vorliegen eines Verhandlungsergebnisses herbeiführte.
Ein auf der gegenüberliegenden Straßenseite stehender Demonstrant wurde plötzlich von zwei Polizisten bedrängt, die seine Personalien aufnehmen wollten. Der Betroffene - von dem plötzlichen Angriff überrascht - versuchte, sich instinktiv aus dem Griff der Beamten zu befreien. Freunde, die herbeieilten, wurden von anderen Polizisten aufgehalten und auf die Motorhaube eines olizeiwagens geschubst.
Obwohl sich die Lage gleich darauf entspannte, wurde der Demonstrant zur Mengwache gebracht. Dort wurde er als "Stinksau" und "rote Zecke" beschimpft und anschließend von zwei Beamten in seiner Zelle gequält. Sie rissen ihn an den Haaren, traten ihm mehrfach mit Stiefeln in die Nieren und auf seine lediglich mit Strümpfen bekleideten Füße.
Polizei-Brutalität: Entgleisung oder System ??
Aus Anlaß dieses Vorfalles lud das "Lübecker Bündnis gegen rechts" Ende Januar zu einer Veranstaltung mit Polizisten und Betroffenen. Im Verlauf der sehr gut besuchten Veranstaltung stellte sich schnell heraus, daß es sich bei diesem Vorfall keineswegs um einen isolierten Einzelfall handelte. Die Beurteilung dieser Tatsache blieb jedoch strittig. Herr Lipinski, der den Polizeieinsatz gegen AntifaschistInnen in Flensburg anläßlich einer DVU-Veranstaltung als stellvertretender Einsatzleiter miterlebt hat, bestätigte zwar das absprachewidrige und überzogene Vorgehen der Polizeikräfte vor Ort. Die Gründe dafür sah er jedoch eher in falscher Schwerpunktsetzung innerhalb der Ausbildung und individuellen Fehlleistungen.
Ihm wurde jedoch von verschiedener Seite entgegengehalten, daß dies im Einzelfall zwar durchaus als Grund in Betracht komme, bei der beobachtbaren Vielzahl der Fälle als alleinige Erklärung jedoch unzureichend sei. Vielmehr seien bei Teilen der Polizei auch politische Motive für hartes Vorgehen und Übergriffe auf DemonstrantInnen offenkundig. Dies ergebe sich nicht nur aus der sonst kaum erklärlichen Einseitigkeit der "Entgleisungen" gegen "Links", sondern zum Beispiel auch aus der Art der von Polizeibeamten geäußerten Beleidigungen. Die Bezeichnung "rote Zecke" sei zum Beispiel eindeutig der Umgangssprache der Skinheads entlehnt und daher nicht nur Beleidigung, sondern offenbare auch eine politische Parteinahme.
Die von einem Zivilbeamten in Bezug auf Demonstranten gefallene Äußerung "manche Menschen dürfen gar kein Recht haben zu leben" offenbare sogar eindeutig faschistisches Gedankengut. Hier werde die politische Opposition in der Konsequenz mit dem Tode bedroht.
Nicht unerwähnt bleiben darf in diesem Zusammenhang, daß sich führende "Republikaner" damit brüsten, rund zwanzig Prozent ihrer ca. 600 in Schleswig-Holstein eingeschriebenen Mitglieder seien Angehörige von Polizei und BGS. Für den Bereich der Grenzschutzschule Küste 1 in Lübeck ist zum Beispiel bekannt, daß mehrere hochgestellte Funktionäre der REPs dort sogar mit Ausbildungsaufgaben betraut sind.
Eine erfolgreiche Unterwanderung der Polizei durch faschistische Organisationen stellt eine Bedrohung nicht nur für jede Opposition, sondern auch für die bürgerliche Demokratie dar. Jedem Hinweis in dieser Richtung muß daher entschlossen nachgegangen werden. Um so unerklärlicher, daß weder Herr Häbe als Leiter der Polizeidirektion Süd noch der verantwortliche Innenminister der SPD, Herr Bull, bereit waren, an der Veranstaltung teilzunehmen.
(nach Flugblättern des "Lübecker Plenum gegen Faschismus")

Termine

13.März 1990 19.00 "Sind die REPUBLIKANER eine Bedrohung für uns ?", Veranstaltung der "Deutschen Post-Gewerkschaft" im Lichtsaal des Gewerkschaftshauses, Legienstrasse
20.März 1990 20.00 "Die REPUBLIKANER - Programm und Auftreten", Veranstaltung der VVN/BdA im Deutsch-Türkischen Volkshaus, Kaiserstrasse

---

April 1990 bis Juli 1990 Ringvorlesung der Juristischen Fakultät der Universität zum Themenbereich "Recht und Rechtslehre im `Dritten Reich'"
Beginn: Dienstag, den 24.4.90, danach jeweils montags von 19.00 - 21.oo Uhr im Audimax, Hörsaal G

21.März 1990 Veranstaltung der Antifa Solidaritätsgruppe Hamburg zur Kriminalisierung der AUTONOMEN ANTIFA und dem WIDERSTAND 19.30 PUMPE

22.März 1990 Veranstaltung der autonomen Antifa S-H: Inhalte-Praxis-Perspektiven von autonomer Antifa-Arbeit

---

jeden Donnerstag 19.00 Uhr Antifaschistisches Aktionsbündnis im Deutsch-Türkischen Volkshaus, Kiel-Gaarden, Kaiserstrasse

---



Argumente gegen das Deutschlandlied

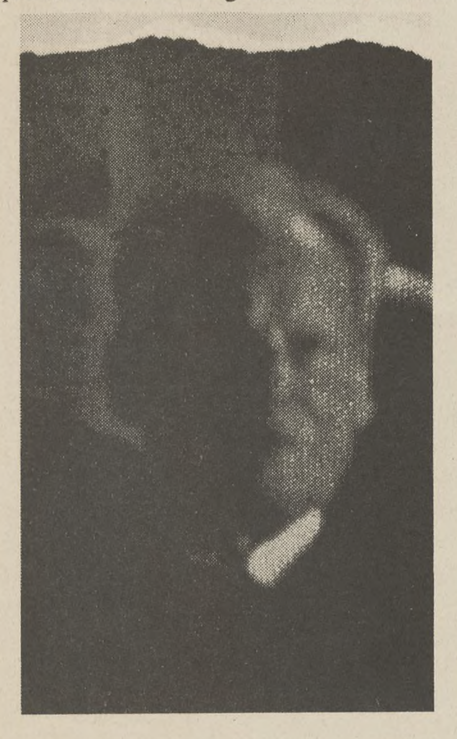
Bereits seit 1986 gibt es Bemühungen CDU-regierter Bundesländer, die vermeintliche Nationalhymnne im Schulunterricht stärker behandeln zu lassen. In Hessen legte der dortige CDU-Kultusminister Christian Wagner im letzten Jahr einen Erlaß vor, wonach Hessens SchülerInnen wieder alle drei Strophen des Deutschlandliedes zu lernen hätten.
Dieses Vorhaben löste bei vielen LehrerInnen, Eltern und SchülerInnen Hessens heftige Proteste aus. Als erste Reaktion nahm das Kultusministerium einige oberflächliche Veränderungen in den "Handreichungen" vor, die dem Erlaß beigefügt sind. So taucht nun nicht mehr der berüchtigte Nazi-Ideologe Gerstenberg als Literaturangabe auf; und auch die Anweisung zum Singen wird nun auf die 3.Strophe beschränkt.
Ob im Unterricht, am Ende eines jeden Fernsehabends oder am 10.November 1989 in Westberlin vor dem Schöneberger Rathaus von Bundeskanzler Kohl sowie den SPDlern Momper und Brandt gesungen - das Deutschlandlied ist im Kommen. Spätestens die deutschnationale Welle, die immer neue Höchststände erreicht, gebietet es, einen genaueren Blick auf dieses Lied und seine Hintergründe zu werfen; wir fanden: Argumente gegen das Deutschlandlied.

1) In der ersten Strophe finden sich als Ergänzung zu "Deutschland, Deutschland, über alles..." die berüchtigten Angaben über die territoriale Ausdehnung: "von der Maas bis an die Memel, von der Etsch bis an den Belt". Wer heute eisern daran festhält, daß auch dieser Teil der Hymne gelernt werden soll, muß sich fragen lassen, ob damit nicht ein neues Großdeutschland beschworen werden soll.
Dabei sollten wir nicht vergessen:
- Die Behauptung, mit diesen Angaben werde nur die Ausdehnung des Deutschen Bundes im Jahre 1841 wiedergegeben, ist schlicht und einfach falsch. Der Belt hat immer zu Dänemark gehört und auch die Memel ist kein "Grenzfluß" des Deutschen Bundes gewesen, da Ostpreußen ihm nicht angehörte.
- Sich heute auf die Ausdehnung des Deutschen Bundes zu berufen, nimmt zumindest den Eindruck in Kauf, als gäbe es bei der Memel (heute litauische Republik der UdSSR), beim Belt (Dänemark), bei der Maas (Belgien und Frankreich) und bei der Etsch (Italien) noch "deutsche Gebiete". Genau das wird zu Recht Revanchismus genannt.
- Besonders in Osteuropa spielten Raubkriege mit anschließender Zwangsgermanisierung eine bedeutende Rolle. Auch die Grenzen des "Deutschen Bundes" waren Ergebnis vielfach vorangegangener Raubkriege.

2) Die heutigen Befürworter des Deutschland-Liedes bedauern den "Mißbrauch" des Liedes durch die Nazis, betonen jedoch, daß der Autor des Liedes, Hoffmann von Fallersleben, ein Demokrat gewesen sei und in seinem Werk die demokratischen deutschen Traditionen verkörpert seien. Auch diese Behauptungen stehen auf wackeligen Beinen.
Hoffmann von Fallerslebens "Lied der Deutschen" wurde, nachdem es zunächst weitgehend unbeachtet geblieben war, vor allem von kritiklosen Bismarck-Verehrern und Judenhassern angestimmt. Die antisemitische Deutsche Reformpartei machte dieses Lied Anfang der 80er Jahre des vergangenen Jahrhunderts zu ihrem Bekenntnislied. Und das verwundert kaum, war doch auch Hoffmann von Fallersleben durch antijüdische Gedichte aufgefallen.
In der Folgezeit wurde das "Lied der Deutschen" endgültig von reaktionären, deutschnationalen und militaristischen Kreisen vereinnahmt. Im Ersten Weltkrieg wurde es zum Kriegsgesang, danach ins Liedgut der gegenrevolutionären und nationalistischen Freikorps aufgenommen. Mit demokratischen Traditionen hat dieses Lied also wenig zu tun!

3) Das Lied sei "Ausdruck eines alle Deutschen verbindenden, ganz natürlichen Patriotismus" und dieser habe nichts mit der Ideologie der Nazis zu tun, behaupten die Verteidiger und Förderer des Deutschlandliedes einstimmig.
Den Nazis diente dieses Lied neben dem Horst-Wessel-Lied zur Aufputschung und

Brutalisierung der großen Mehrheit der Deutschen. Es ertönte bei der Zerschlagung der Arbeiterbewegung ebenso wie bei den Überfällen der Wehrmacht auf andere Länder und bei der industriellen Vernichtung von Millionen Menschen in den Lagern der Nazis.
Das Lied ist vom Nazi-Regime genausowenig zu trennen, wie z.B. die Losung am Eingangstor des Nazi-Vernichtungslagers Auschwitz "Arbeit macht frei". Auch diese Parole wurde von den Nazis nicht erfunden. Sie stammt auch von Hoffmann von Fallersleben, aber heute würden nur Rechtsextremisten mit der Begründung, sie sei von den Nazis "mißbraucht" worden und spiegele eigentlich demokratischen Geist wider, dafür eintreten, diese Losung z.B. über allen Schulen anzubringen.
Es ist klar, daß diese Losung ein für allemal durch das Tor von Auschwitz zum Arsenal der Nazi-Verbrecher gehört. Die Losung "Deutschland, Deutschland, über alles..." aber wird mit täuschend ähnlichen Argumenten heute wieder Schritt für Schritt ins Alltagsleben eingeführt.
4) Vermerkt werden muß auch der frauenfeindliche Gehalt der 2.Strophe, in der der "deutsche Wein und deutsche Frauen" in einem Atemzug als "gute Dinge" bezeichnet werden. Diesem provokativen Männlichkeitswahn wird in der Handreichung des hessischen Kultusministeriums auch noch von dem Historiker Golo Mann ein Persilschein ausgestellt.
Der Versuch, die LehrerInnen auf eine positive Behandlung des Deutschlandliedes zu verpflichten, verfälscht und verharmlost nicht nur die Geschichte und soll der aktuellen Deutschtümelei einen Schub geben, sondern spielt zudem den Faschisten in die Hände. Für diese ist es eins der wichtigsten Symbole deutscher Stärke. Jede Kritik daran möchten sie als Verunglimpfung strafrechtlich verfolgt sehen. Dabei existiert nicht einmal ein Gesetz, das dieses Lied zur Nationalhymne gemacht hätte.





Die "LandesschülerInnen-Vertretung Hessen" und die "Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Hessen (GEW)" haben im März 1989 eine Broschüre mit dem Titel "Argumente gegen das Deutschlandlied" herausgegeben. Auf sie stützt sich dieser Artikel. Sie ist gegen Einsendung von 2.- DM zu bestellen bei: GEW - Hessen, Zimmerweg 12, 6000 Frankfurt/Main 11.
Zur fehlenden Gesetzesgrundlage: Neue Juristische Wochenzeitung 51/87, S.3227-32.
ZZ

Wiedervereinigung und Antifas

Es scheint nur noch eine Frage der Zeit zu sein, wann sie kommt: die deutsch-deutsche Wiedervereinigung. Die Veränderungen in der DDR gehen in einem derartigen Tempo vor sich, daß es schwierig ist, überhaupt eine Position dazu zu entwickeln, die nicht schon ein paar Tage später von der Wirklichkeit überholt ist. Wir wollen dennoch versuchen, zu einigen Punkten Stellung zu beziehen, weil AntifaschistInnen diesen Prozeß aus verschiedenen Gründen nicht ignorieren können.

In erster Linie ist aus antifaschistischer Sicht wichtig, daß die Bestrebungen nach Wiedervereinigung hier in der BRD wie auch in der DDR einhergehen mit einer erheblichen Verschärfung des latent vorhandenen Nationalchauvinismus. Dieser ist immerhin einer der integralen Bestandteile faschistoider Ideologie. Die Konsequenzen sind absehbar: das Klima gegen alle die nicht urdeutsch sind, die aus dem letztlich "völkisch" definierten Zusammenhang rausfallen, wird härter. Tatsächlich verschärft sich die gesellschaftliche Haltung gegen AusländerInnen bereits weiter.

Eine der unter AntifaschistInnen diskutierte Frage ist, wie sich der der verstärkte Nationalismus auf die Stärke der faschistischen Parteien, insbesondere der Republikaner, auswirkt. Eine Position besagt dazu, daß die faschistischen Organisationen durch diese Entwicklung gestärkt würden, da sie sich als die konsquentesten Verfechter deutschnationaler Positionen darstellen könnten. Wir bezweifeln dies und sehen die Situation eher so, daß es in der "deutschen Frage" wieder mal keine Parteien, sondern nur noch Deutsche gibt. Momente wie der, als im Bundestag die MdB's einschließlich eines Teils der grünen Fraktion sich erhoben, um die Nationalhymne anzustimmen, sind alzu bezeichnet. Welchen Grund soll es in dieser Frage geben, die REPs zu wählen statt etwa die Union? Worin unterscheidet sich deren nationalistische Politik einschließlich der bewußt schwammigen Haltung zur Garantierung der polnischen Grenzen, von der offenfaschistischer Parteien? Und auch die SPD steht hier nicht viel nach. Willy Brandt als der Vorkämpfer der Wiedervereinigung, die Saar-SPD, die Wahlerfolge erzielt, indem sie die unterschwelligen Existenzängste von Teilen der BRD-Bevölkerung gegen Übersiedler mobilisiert.

Wir denken daher, daß die antifaschistische Bewegung mehr als bislang gerade in dieser Frage die etablierten Parteien von SPD bis CSU anzugreifen hätte.

Wie stark sind die nationalistischen Positionen, die von den Herrschenden in der BRD und der DDR vertreten werden, in der Bevölkerung verankert? Es gilt zu differenzieren, woraus sich der derzeitige nationale Wahn rekrutiert und welche Hoffnungen bzw. Ängste dahinterstehen.

Für die BRD haben wir durchaus nicht den Eindruck, daß der demonstrative Allparteienkonsens tatsächlich der Stimmung in der Bevölkerung entspricht. Die sich verschärfende Stimmung gegenüber Aus- und Übersiedlern etwa weist darauf hin, daß der ganze Prozeß auch einiges an Ängsten schafft- viele Menschen ahnen, daß die Wiedervereinigung ihre Situation nicht verbessern wird, sondern die kapitalistische Erschließung des Ostens durchaus mit Einschränkungen in der BRD verbunden sein könnte (nun reden sie ja tatsächlich auch schon von Steuererhöhungen - die Kleinen sollen für die Industrie auch noch den Griff nach Osten direkt finanzieren - die Ängste sind berechtigt). Zu befürchten ist,daß in diesem Fall die Herrschenden verstärkt auf die gängigen faschistoiden Mechanismen zurückgreifen werden - die Ängste vor sozialem Abstieg gegen die, die "anders" sind, zu wenden.

In der DDR erscheinen die Vereinigungsbestrebungen nicht in erster Linie ideologische sondern wirtschaftliche Gründe zu haben. Viele Menschen setzen wohl deswegen darauf, weil sie sich hiervon eine materielle Verbesserung, eine Angleichung an das Konsumniveau der BRD erhoffen.

-Aspekte der Zweistaatlichkeit-

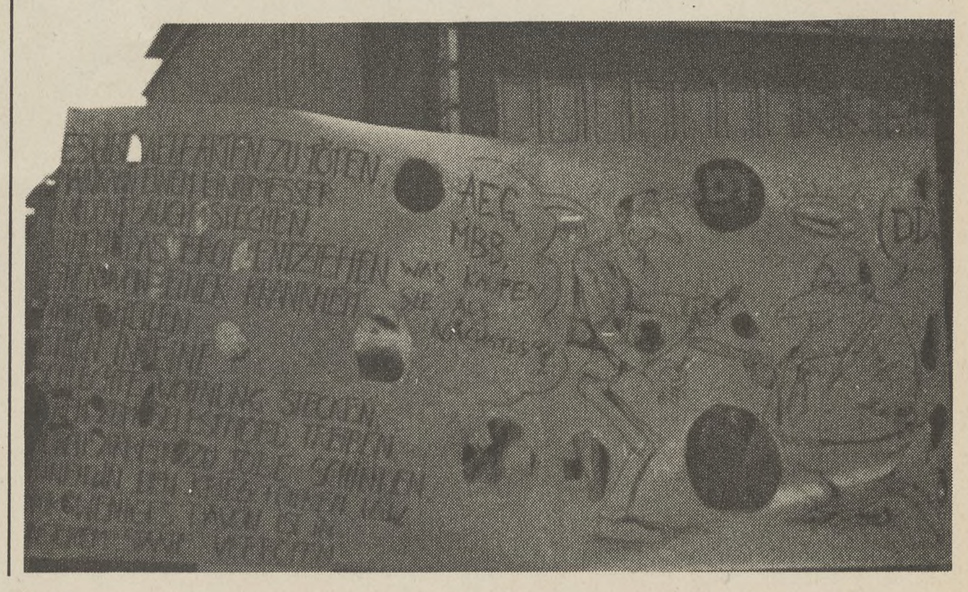
Die Existenz von zwei deutschen Staaten hat historische Ursachen und eine entsprechende Berechtigung. Nachdem ein Großdeutsches Reich zwei Weltkriege verursacht hatte, sollte diese Möglichkeit durch die Teilung ausgeschlossen werden. Ihre besondere Existenzberechtigung erhielt die DDR dadurch, daß dort erheblich konsequenter als in der BRD ein Bruch mit dem Nazi-Faschismus stattgefunden hat. In der BRD gibt es in entscheidenden gesellschaftlichen Bereichen eine Kontinuität, sowohl personell als auch strukturell. Die Justiz wurde nicht entnazifiziert, die Polizei wurde aufgebaut durch entsprechende Funktionsträger der Nazizeit. Insbesondere die wirtschaftliche Kontinuität ist ungebrochen; Es sind die selben Konzerne, von Daimler Benz bis zur Deutschen Bank, die den Nationalsozialisten zur Macht verholfen, und von ihren Verbrechen profitiert haben, die heute wesentlichen Einfluß auf die Politik der BRD haben. Daß die Liste der Beispiele personeller Kontinuität von Globke bis Schleyer lang ist, ist wohl hinreichend bekannt. Wir als Linke in der



BRD haben mehr als genug mit diesem "Erbe" zu tun, stoßen wir doch bei jeder Art von politischen Aktivitäten darauf .Trotzdem beschäftigen wir uns mehr mit diversen faschistischen Gruppierungen, als eine "Entnazifizierung" in vielen gesellschaftlichen Bereichen voranzutreiben.
Die DDR dagegen hat einen erheblich tiefgreifenderen Bruch mit dem Faschismus vollzogen, und sich explizit als Staat mit antifaschistischer Grundlage verstanden (deshalb wurde sie wohl auch so gehasst). Bitter ist dabei, daß dies zu einem guten Teil zu einer hohlen staatsideologischen Phrase verkommen ist. Zumindest weisen Berichte von Antifaschistischen Gruppen in der DDR, auch schon aus der Zeit vor dem November '89, darauf hin, daß vieles von dem vorhandenen faschistoiden Denken (z.B.: der Rassismus) "hausgemacht ist, und nicht nur einfach in einen quasi von Natur aus antifaschistischen Staat hineinexportiert wäre. Diese Tendenzen könnten im Rahmen der momentanen Entwicklung durchaus zu ernsten Gefahren werden.
Ein anderer Unterschied zwischen den beiden bislang bestehenden deutschen Staaten ist ebenfalls zu beachten: Während die BRD-Wirtschaft darauf ausgerichtet ist, von den ungerechten und ungleichen Bedingungen des Weltmarktes auf Kosten der Länder der sogenannten 3. Welt zu profitieren, lief der Handel der DDR mit Trikont-Ländern (Ländern der 3 Kontinente-Afrika,Asien,Lateinamerika) nach anderen Bedingungen.Die Rohstoffpreise dieser Handelsbeziehungen ergaben sich zumindest zum Teil nach den Bedürfnissen der Trikontländer. So gab es Länder wie Cuba, die durch garantierte Rohstoffpreise, weit über dem Weltmarktpreis, unterstützt wurden. Daß in der BRD zum Beispiel Bananen und Caffee in beliebiger Menge und zu noch immer Sinkenden Preisen die Regale füllen, hängt damit zusammen, daß die Produzentenländer einen viel zu niedrigen Gegenwert erhalten.
Die Entwicklung scheint im Moment dahin zu gehen, daß eine Großmacht Europa unter der Hegemonie der westdeutschen Wirtschaft entsteht, die innerhalb der Konkurrenz der imperialistischen Mächte an Bedeutung zunimmt.



Und die Schlußfolgerung?
Tja die Schlußfolgerung....
Klar, es gibt hinreichend Gründe für AntifaschistInnen oder überhaupt die Linke (in der BRD und der DDR), gegen die Wiedervereinigung zu sein. Die Frage ist allerdings, wie das in Politik umgesetzt werden soll. Realistisch betrachtet sind unsere Interventionsmöglichkeiten nämlich verschwindend gering gegenüber diesem Prozeß, der mit einer Dynamik voranschreitet, der wir nicht viel entgegenzusetzen haben. Vor allem dann nicht, solange wir ihn nicht mit allen Folgen und Ergebnissen durchschauen können. Kennzeichnend war doch die Demo am 27.1. in Kiel.Es gab nichts was eine politische Perspektive aufgezeigt hätte, es gab nicht mal eine Parole zum Thema. Wenn die Demo überhaupt einen Ausdruck hatte, dann den von Ratlosigkeit.
Vieleicht tun wir im Moment besser daran, uns auf die Erscheinungen zu konzentrieren, die der nationale Wahn in der BRD produziert und damit unsere bisherige antifaschistische Politik weiterzubetreiben und weiter zu entwickeln. Dabei sollten wir gleichzeitig die Entwicklung in der DDR kritisch verfolgen und vor allem erstmal genauer analysieren, was da überhaupt läuft und laufen wird. Welche sozialen Widersprüche sich zum Beispiel durch die deutsche Vereinheitlichung entwickeln werden, blickt bislang noch niemand sicher. Wir sollten dies weiter diskutieren, auf jedenfall auch mit Linken/Antifas in der DDR, um längerfristig politisch intervenieren zu können anstatt zu versuchen, mit Plattheiten wie "Kein 4. Reich" wenig erfolgversprechende Aktivitäten zu entfalten.



Hamburger Polizei zerschlägt antifaschistische Demonstration

Am Samstag den 3.März 1990 versuchten zum wiederholten Male Faschisten verschiedener Organisationen in Hamburg eine öffentliche Kundgebung durchzuführen. Dabei hatte sich das sogenannte" Bürgerforum für Blockfreiheit" an diesem Tag mit dem FAP-Ableger "Nationale Liste" zusammengetan. Dieses Vorgehen ist für die antifaschistische Bewegung Hamburgs eine Provokation. Entsprechend breit war das antifaschistische Bündnis, das zu einer Gegendemonstration aufrief.

Zu dieser versammelten sich im Laufe des Vormittags ca.6000 TeilnehmerInnen auf dem Karl-Muck-Platz, wo sich die Faschisten ursprünglich treffen wollten. Diese hatten in Absprache mit der Polizei ihren Versammlungsort kurzfristig in die Nähe des Dammtorbahnhofes verlegt, so daß die antifaschistische Demonstration dorthin aufbrach.

Ziel der AntifaschistInnen mußte es sein, den ungehinderten Demonstrationszug der Faschisten durch die Hamburger Innenstadt zu unterbinden. Der Versuch der Faschisten sich das augenblickliche nationalistische Klima zunutze zu machen und sich gemeinsam die Straßen der Hamburger Innenstadt zurückzuerobern, ist ein Alarmzeichen. Immerhin war es den Hamburger AntifaschistInnen in den letzten Jahren gelungen, das offene Auftreten organisierter Faschisten im Bereich der Innenstadt zu verhindern.

Im Januar und Februar gab es schon je eine Demonstration des "Bürgerforums" mit einmal 50 und einmal 150 TeilnehmerInnen aus dem gesamten faschistischen Spektrum. Die antifaschistische Mobilisierung war die ersten zwei Male nicht besonders groß gewesen, auch weil anfangs nicht klar war, was für Organisationen sich hinter dem "Bürgerforum" verstecken.

Der Versuch der Faschisten, durch eine bundesweite Mobilisierung zum 3.März endgültig ein Exempel zu statuieren, mobilisierte wegen seiner überregionalen Bedeutung auch eine große Zahl Kieler AntifaschistInnen .

Um es vorweg zu nehmen:

Nicht die schließlich nur 50 Neonazis, sonder die Polizei bestimmte mit ihren Schlägertrupps, Greifkommandos und Wasserwerfern das Bild der Hamburger Innenstadt und hatte buchstäblich "alles im Griff".

Doch der Reihenfolge nach:

Mehrere tausend GegendemonstrantInnen aus ganz Norddeutschland machten sich gegen 11.30 Uhr auf den Weg in die Innenstadt. Zahlreiche Transparente, die rege Teilnahme und viele Sprechchöre sorgten für gute Stimmung, die auch anhielt, als die Demonstration an der Alster von der Demonstrationsleitung aufgelöst wurde. Von dort zog der Zug direkt zum tatsächlichen Versammlungsort der Faschisten.

Kaum waren wir dort angelangt, griffen uns mehrere hundert Polizisten unterstützt von 3 Wasserwerfern auf breiter Front an. Die völlig überraschte Demonstration war so nicht in der Lage, den Angriff abzuwehren und sich erneut zu sammeln. Auch der Versuch, sich zu einer Abschlusskundgebung am Lautsprecherwagen zu formieren, scheiterte daran, daß die Polizei sogar kleinere Gruppen von DemonstrantInnen verfolgte.

Polizei und Presse versuchen nun, aus den im Verlauf der Auseinanderstzungen entstandenen Sachschäden politisches Kapital zu schlagen. Dabei ist doch sonnenklar: Umgestürzte PKW sind nicht Ergebnis ungezielter Zerstörungswut,sondern der Versuch sich wenigstens ein bißchen vor solch brutalen Polizeiangriffen zu schützen.

Ein erstes Fazit:

Die bundesweite Mobilisierung der Faschisten ist weit spärlicher ausgefallen als erwartet. Das ist mit Sicherheit Ergebnis der breiten antifaschistischen Mobilisierung.

Gleichzeitig muß jedoch erneut zu denken geben, daß es die sozialdemokratisch geführte Hamburger Landesregierung politisch für opportun hält, mit über 1500 PolizistInnen (SEK,MEK,BGS) samt Wasserwerfern und paramilitärischem Gerät ein Häuflein von 50 militanten Neonazis zu schützen, eine breite antifaschistische Demonstration brutal auseinanderzuschlagen und sie damit zu kriminalisieren.

Was bleibt zu tun?

Sollte es demnächst wieder einen Versuch von Faschisten geben, sich in aller Öffentlichkeit zu versammeln und für ihre verbrecherische Politik zu demonstrieren, müssen wir das mit noch mehr Leuten als bisher verhindern.

Die für solcherlei Polizeieinsätze Verantwortlichen müssen gleichzeitig spüren, daß sich eine Menge Leute solch ein Vorgehen auf Dauer nicht mehr gefallen lassen wird.

2.- DM

Neues von ATZE!

Im Oktober 1988 erschien die ATZE zum ersten Mal als Zeitung des damaligen Antifaschistischen Plenums und trat damit die Nachfolge der "Antifa-Information" an. Inzwischen liegt die sechste Ausgabe der vierteljährlich erscheinenden Zeitung vor Euch. Für viele antifaschistisch aktive oder interessierte Menschen in Kiel ist die ATZE inzwischen unentbehrlich geworden. Die Zeitung enthält detaillierte Informationen über politische Entwicklungen im rechtsextremen Lager Kiels und über die Aktivitäten der AntifaschistInnen..

Seit der Vereinigung des Antiifaschistischen Plenums und des Kieler Antifaschistischen Bündnisses zum Antifaschistischen Forum Kiel im Herbst letzten Jahres wird die Zeitung von einer festen Redaktion betreut. Sie projektiert die jeweils nächste Ausgabe, spricht AutorInnen für einzelne Artikel an und regelt den Geschäftsbetrieb. Die ATZE versteht sich nicht als Zeitung einer bestimmten antifaschistischen Organisation oder Strömung. Sie bietet allen aktiven AntifaschistInnen ein Forum der Information und Diskussion. Sofern gewünscht, werden die Artikel namentlich (Organisation oder Einzelperson) gezeichnet, um den LeserInnen der ATZE die Möglichkeit zu geben, Standpunkte erkennen und Diskussionen verfolgen zu können.



Die ATZE dokumentiert die Aktivitäten rechtsextremen Organisationen und ihrer Hintermänner. Sie kritisiert die faschistische Ideologie, ihre patriarchalen und antiemanzipatorischen Elemente und bemüht sich, Ansichten zu unterstützen, die den Zusammenhang von Faschismus und Kapitalismus herausarbeiten.

Der Schwerpunkt der Berichterstattung liegt auf lokalen und regionalen Ereignissen und Entwicklungen.

Die in Ansätzen existierende antifaschistische Bewegung benötigt eigene Möglichkeiten, ihre politischen Ansichten der Öffentlichkeit mitzuteilen.

Denn wir können nicht darauf vertrauen, daß die bürgerlichen Medien unsere Ansichten dann veröffentlichen, wenn wir es richtig und wichtig finden. Auch Flugblätter können eine regelmäßig erscheindende Zeitung nicht ersetzen, die einen festen AbnehmerInnenkreis hat und - besonders in ruhigeren Phasen der antifaschistischen Arbeit - oft das einzige Bindeglied zu neu Interessierten ist.